

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die vollständige erscheinung täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für die Druckerei: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannsch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: W. Pfannsch, 3, Bernstr. 1597. Redaktion und Druckerei: W. Pfannsch, 3, Bernstr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.50 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 20 Pf., im Restanten Blatt 30 Pf. — Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 20 Pf., im Restanten Blatt 30 Pf. — Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 20 Pf., im Restanten Blatt 30 Pf.

Nr. 290.

Magdeburg, Freitag den 11. Dezember 1908.

19. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Arbeitskammern.

Die einstimmige Beurteilung, die der im Februar dieses Jahres veröffentlichte Arbeitskammer-Entwurf von allen Seiten erfuhr, veranlaßte die Regierung, diesen Entwurf einer Umarbeitung zu unterziehen. Die neue dem Reichstag am 27. November zugegangene Gesetzesvorlage enthält, namentlich was die Ausgestaltung des Wahlrechts betrifft, einige anerkanntswerte Verbesserungen, ist aber gleichwohl weit davon entfernt, der Arbeiterklasse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihre Gleichberechtigung im Staatsleben anzuerkennen.

Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft haben ihre eignen besonderen Vertretungen der Unternehmerinteressen, in denen diese Kreise ihren Meinungen und Wünschen Ausdruck geben. Der Gesetzentwurf bringt es nun fertig, ein ungeheures Unrecht zu sanktionieren: die Arbeiter werden mit „paritätischen“ Kammern abgepeilt, während die Körperschaften der Unternehmer als reine Privilegierten-Vertretungen bestehen bleiben. Wieder verweigert man den Arbeitern unter dem Vorwand einer „Parität“, die das Gegenteil von wirklicher Gleichberechtigung ist, die selbständige Vertretung, die das Unternehmertum aller Gruppen längst besitzt. In der Begründung wird die paritätische Zusammensetzung der Kammern damit motiviert, daß sie der Pflege des Friedens zwischen Unternehmern und Arbeitern dienen sollen. Aber kann es wohl eine schlimmere Gefährdung des Friedens geben, als die Mißachtung der Gleichberechtigung, die Schaffung von Unternehmerprivilegien? Können reine Arbeiterkammern denn Frieder nachteiliger sein als reine Arbeitgeberkammern in Industrie, Handel und Landwirtschaft? Wirkliche Parität erheischt Arbeiterkammern neben den Unternehmerkammern und ein geeignetes Zusammenwirken beider Faktoren, oder aber Aufhebung der reinen Unternehmervertretungen! „Paritätische“ Arbeitskammern neben ausschließlichen Unternehmerkammern sind ein Scherz auf die Gleichberechtigung der Arbeiter!

Auch der Aufbau der Arbeitskammern zeugt von Mißachtung der Arbeiterkraft und von Mißtrauen gegen sie. Während die Unternehmerkammern stets den gesamten Handel, die gesamte Industrie, die gesamte Landwirtschaft ihres Bezirks vertreten, sollen die Arbeitskammern immer nur einzelne Gewerbebezweige umfassen; höchstens ist eine Zusammenfassung verwandter Gewerbebezweige gestattet. Damit sind diese Kammern zur Bedeutungslosigkeit der Innungen verurteilt. Man will den Gedanken einer Interessensolidarität der Arbeiterklasse nicht aufkommen lassen und hält sich an den Grundsatz des Teilens und Herrschens. Deshalb will man weiter auch die Errichtung der einzelnen Arbeitskammern von der Bedürfnisfrage abhängig machen, die von der Landeszentralbehörde entschieden wird. Ein gesetzliches Recht auf eine staatlich anerkannte Interessenvertretung gibt der Entwurf den Arbeitern nicht.

Eine solche zerstückelte und lückenhafte Vertretung ist natürlich unfähig zu jeder größeren sozialpolitischen Aktion. Der Entwurf ist denn auch äußerlich zersplittert in der Aufzählung der Aufgaben der Kammern. Von Tarifverträgen steht auch kein einziges Wort darin, obwohl er den Berufungskammern mangels eines Gewerbegerichts im Bezirk die Funktionen des Einigungsamts anvertrauen will. Die Mitwirkung der Kammern in Arbeiterfragen ist sehr beschränkt: sie erstreckt sich nur auf die Erstattung von Gutachten über Maßnahmen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter (§ 120—139a) und auf Ausdehnung des Fabrikarbeitergesetzes (§ 135—139a), auf weitere Verstärkung und Vauten (§ 151, 4). Von der Begutachtung von Gesetzesänderungen sind sie ausgeschlossen, ebenso von der Mitwirkung bei der Beaufsichtigung des Arbeitsschutzes, wie eine solche den Handwerkskammern und sogar den Innungen zusteht. Der frühere Arbeitskammer-Entwurf wollte ihnen noch die Veranstaltung von Erhebungen gestatten, der neue Entwurf läßt nur eine „Mitwirkung“ auf Ansuchen der Staatsbehörden zu. Auch darin stehen sie hinter den Handwerkskammern zurück. Endlich dürfen die Kammern allerlei Wohlfahrtseinrichtungen anregen (Arbeitsnachweise, Auskunftsstellen, Arbeitslohnkassen, Arbeiterzweige, Arbeiterwohnungen und dergleichen). Als Wohlfahrtseinrichtung erwähnt die Begründung auch die „grundständige Regelung der Arbeitsbedingungen“. Schon glaubten wir der Möglichkeit tariflicher Abmachungen auf der Spur zu sein, wobei die bloße „Anregung“ freilich von geringerem Einfluß wäre. Aber die Motive wollen darunter nur die

„Anregung“ von Regelung der Lohnzahlungstage, der Akkordarbeit, der Arbeit an Sonnabend-Nachmittagen, Urlaubsgewährung usw. verstanden wissen. Von Festsetzung der Löhne und Arbeitszeit fehlt auch die leiseste Andeutung. Dagegen wird der Vorsitzende der Kammer ermächtigt, Beschlüsse, die deren Befugnisse überschreiten, zu beanstanden, und die Verfolgung anderer als gesetzlich zugelassener Zwecke mit der Auflösung der Kammer bedroht.

Das aktive Wahlrecht ist an das 25. Lebensjahr, das passive an das 30. gebunden. Verlangt wird ferner Berufsangehörigkeit und Tätigkeit im Arbeitskammerbezirk; für das passive Wahlrecht ist die Berufszugehörigkeit von 1 Jahr vorgeschrieben. Beide Geschlechter sind gleich wahlberechtigt und wählbar. Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit beschränkt sich bei Abteilungskammern auf den Beruf dieser Abteilung. Das Proportionalwahlrecht ist obligatorisch für Arbeitgeber und Arbeiter. Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre. Ausscheiden aus der Beschäftigung im Beruf oder Bezirk der Arbeitskammer oder Abteilungsbeschränkung bedeutet Verlust des Wahlrechts. Vorübergehende Arbeitslosigkeit schließt die Wählbarkeit zwar nicht aus, aber wie leicht bringt es das Unternehmertum heute fertig, einen mißliebigen Arbeiter mehr als vorübergehend auszusperren! Einen Schutz gegen willkürliche Entlassung seitens der Arbeitgeber sieht der Entwurf nicht vor. — Nur kündigungslos darf ein Arbeitervertreter nicht deshalb entlassen werden, weil er infolge Teilnahme an den Kammerberatungen der Arbeit fernbleibt. Unter diesen Umständen sind die 6-jährigen Wahlperioden doppelt bedenklich, weil jedenfalls in dieser Zeit ein großer Teil der Gewählten Beruf und Arbeitsbezirk wechseln muß. Um so notwendiger wäre es, daß das Gesetz den Arbeitern das ausdrückliche Recht gibt, ihre Gewerkschaftsangehörigen als Vertreter zu wählen, deren Sachkenntnis auch bürgerliche Sozialpolitiker den Kammern nicht entziehen möchten. Der Wortlaut des Entwurfs sieht eine solche Möglichkeit nicht vor, wohl aber gibt er den Unternehmern das Recht, sich durch ihre gesetzlichen Vertreter und bevollmächtigten Betriebsleiter vertreten zu lassen. Auch minderjährige Unternehmer können sich solcher Vertreter bedienen, während minderjährigen Arbeitern eine solche Vertretung durch ihren gesetzlichen Vertreter nicht zusteht. Der Ausschluss der Wahl von Gewerkschaftsangehörigen ist eine der schlimmsten Ungerechtigkeiten des Entwurfs, gegen den alle Gewerkschaftsrichtungen Sturm laufen müssen.

Aber noch ein Wahlkuriosum weist der Entwurf auf: er gibt den Arbeitgebern ein Pluralwahlrecht nach Maßgabe der beschäftigten Arbeiter. Vergebens sucht man nach einem Analogon in der deutschen oder ausländischen Gesetzgebung. Weder das Gewerbegerichts- noch das Kaufmannsgerichtsrecht kennen ein solches Privileg der Großindustrie, das nichts anderes als eine Entwertung der Kleinunternehmer bedeutet, für welche die Berufungskammern nach diesem Wahlmodus völlig wertlos werden. Vermutlich will man auf diese Weise die Wahl sozialdemokratischer Arbeitgebervertreter verhindern.

Die Geschäftsführung der Kammer zehet nur geringe Spuren von Selbstverwaltung. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Aufsichtsbehörde bestellt; sie dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein. Da bleibt eben nur der Beamte übrig, und dieser nimmt mit vollem Stimmrecht an den Verhandlungen teil. Die bürokratische Geschäftsführung stemmt die Berufungskammer von vornherein zu einem Werkzeug der Regierung, bei dem die gewählten Vertreter nur beratende Funktionen ausüben.

Aber auch die Parität leidet Schiffsbruch, wenn Arbeitgeber und Arbeitervertreter sich in geschlossener Abstimmung gegenüberstehen. Anstatt nun aber für solche Fälle jeder Interessengruppe das Recht der Sonderberatung und Sonderbeschließung zu geben, inhibiert der Entwurf hier jede Beschlussfassung und läßt nur eine schriftliche Meinungsäußerung jeder Gruppe zu, die nebst dem Verhandlungsprotokoll der Aufsichtsbehörde einzureichen ist. Auch Minderheiten können in gleicher Weise ihren Standpunkt schriftlich darlegen. Solche Berichte haben natürlich nicht den Wert einer Kundgebung der Kammer.

Der vorliegende Entwurf ist also weit davon entfernt, den Erwartungen der Arbeiter gerecht zu werden. Er bringt nicht die Gleichberechtigung, sondern eine Bevormundung der Arbeiter. Er schafft nicht Arbeitervertretungen, sondern berufliche Wohlfahrtsausschüsse. Er erzieht die freie Initiative durch die Mitwirkung nach dem behördlichen Ermessen und die Selbstverwaltung durch Bürokratismus. Die Arbeiter werden im Wahlrecht gegenüber den Unternehmern benachteiligt; aktiv wie passiv sind diese privilegiert, nur die Kleingewerbetreibenden sind

entrechtet. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß ein solches Gesetz nicht geeignet ist, den gewerblichen Frieden und die guten Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern. Es wird nur neue Unzufriedenheit schaffen, wozu die Abwälzung der Kostendeckung auf Arbeitgeber und Arbeiter nicht wenig beitragen dürfte. Mit Recht können beide Teile verlangen, daß man ihnen dann auch die volle Selbstverwaltung überläßt und die Freiheit, die Kammern ihren praktischen Bedürfnissen entsprechend auszugestalten.

Der Entwurf wird wenig Freunde in beiden Lagern finden. Die Arbeitgeber haben kein Interesse an paritätischen Vertretungen; für sie genügen durchaus die bestehenden Interessenvertretungen mit ihren viel weitergehenden Befugnissen. Zahlreiche Handelskammern haben daher anstatt paritätischer Arbeitskammern verlangt, man möge den Arbeitern schon aus bloßen Gerechtigkeitsgründen reine Arbeiterkammern geben. Die Arbeiterschaft aber hält fest an der Forderung des Kölner Gewerkschaftskongresses, daß nur Arbeiterkammern als eine geeignete Vertretung der Arbeiterklasse anerkannt werden können. Diesen Kammern muß das Recht zustehen, Erhebungen zu veranstalten und bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeitsschutzes sowie bei Förderung der Tarifverträge mitzuwirken. Das Wahlrecht muß allen großjährigen Arbeitern (über 18 Jahre) in Bergbau, Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft erteilt werden, und die besoldeten Angestellten der Berufsvereine müssen wählbar sein. Wird der deutsche Reichstag diesen Wünschen der Arbeiter Gerechtigkeit widerfahren lassen? Lieber gar keine Vertretungen, als solche, die bloß dazu dienen, die Meinungen der Arbeiterklasse zu verschleiern und zu fälschen!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. Dezember 1908.

Die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.

Der Abgeordnete Wiemer und Staatssekretär von Bethmann-Hollweg haben in den Reichstagsitzungen von Montag und Mittwoch Ausführungen über die Auslegung und Anwendung des Reichsvereinsgesetzes gemacht, deren offenkundiger Zweck es war, der bevorstehenden sozialdemokratischen Interpellation über die Handhabung des Gesetzes die Spitze abzubreaken. Man sieht, daß es den Herren ganz außerordentlich unangenehm ist, sich einer ausführlichen besonderen Erörterung dieses heikeln Themas unterziehen zu müssen.

Ganz besonders peinlich ist die Lage der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft durch die bekannte Erklärung des Abg. Gothein geworden, daß eine ganze Reihe freisinniger Abgeordneter für das Gesetz nicht gestimmt haben würde, wenn sie nicht aus den für sie einseitigen Erklärungen des Staatssekretärs geschlossen hätten, daß der Sprachenparagraf auf gewerkschaftliche Versammlungen nicht angewendet werden sollte. Nach dieser Erklärung war nur das eine oder das andre möglich: Entweder der Herr Staatssekretär von Bethmann-Hollweg stand vor der ganzen Welt als ein so zweideutiger Herr da, daß er seinen Bundesratsplatz neben dem Siege des Reichskanzlers schlemmig räumen mußte oder der Freisinn mußte Herrn Gothein desavouieren und die Schuld für die Unterdrückung der politischen Arbeiter in Rheinland-Westfalen ausdrücklich auf sich nehmen.

Das hat Herr Wiemer denn auch am Montag getan, indem er nach dem stenographischen Protokoll mörderisch bestätigte: „Nach der ganzen Vorgeschichte des Kompromisses ist es aber richtig, daß den politischen Arbeiterorganisationen speziell im Ruhrrevier der Gebrauch des fremden Idioms in öffentlichen Versammlungen nicht gestattet werden sollte, sofern er zu dem Zwecke stattfinden würde, die Abkehr vom deutschen Vaterland zu vertiefen oder Fortreibungen zu fördern, die dem Deutschen Reich feindlich genannt sind.“

Diese eigenhändig vollzogene Brandmarkung verächtliche Herr von Bethmann-Hollweg am Mittwoch noch, indem er mit erhobener Stimme erklärte, keine Partei habe sich über die Tragweite des Sprachenparagrafen im Zweifel befinden können. Wenn also heute die gesetzlichen Bestrebungen der rheinisch-westfälischen Arbeiterkassen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung unter den Schwierigkeiten des polizeilichen Sprachzwanges leiden, wenn an den armen arbeitenden Völkern eine Enteignung und Rechtsberaubung vorgenommen ist, die tausendmal schlimmer ist als das preußische Enteignungsgesetz.

das sich gegen die besiegenden Polen richtet, die noch entschädigt werden, während man den Armen ohne Entschädigung ihr Leben — das Recht auf die eigene Muttersprache — nimmt, so kann man von solchen furchtbaren Entrechtungen in Zukunft nicht reden, ohne die Namen Wiemer, Müller (Weinigen) und Payer zu nennen.

Herr von Bethmann-Sollweg hat in die Wunde des Freiheitswillens etwas Balsam zu gießen versucht, indem er aus den preussischen und sächsischen Ausführungsbestimmungen vorlas, wie „liberal“ das Gesetz nach den Absichten der Regierungen gehandhabt werden soll. Daß diese liberalen Absichten der Regierungen auch ihre recht engen Grenzen haben und selbst innerhalb dieser engen Grenzen von den Behörden mitunter sehr eigenartig ausgeführt werden, wird in der bevorstehenden Interpellationsdebatte nicht schwer zu beweisen sein.

Aber gleichviel, wäre das Reichsvereinsgesetz wirklich ein freiheitliches Gesetz, so bliebe es doch dabei, daß keine Nation ihre Freiheit dadurch erkaufen darf, daß sie einer fremden unterdrückten Nation den Knebel in den Mund steckt. Der Unterdrückte, der aus Fanatismus handelt, steht dabei immer noch viel besser da, als der politische Händler, der gegen sein Programm und gegen seine bessere Ueberzeugung das Lebensrecht eines Volkes gegen kleinen Vorteil verpfändet.

Der erste mag ein Herodes sein, der zweite bleibt doch immer nur ein Judas. —

Ein unfreiwilliges Geständnis.

Die „Kreuzzeitung“ ereifert sich lebhaft gegen das „Berliner Tageblatt“, das sich angeichts des Umstandes, daß in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses konservative und Sozialdemokraten für die Gesellschaftsteuer stimmten, den Scherz geleistet hat, von einem konservativ-sozialistischen „Hod“ zu sprechen. Dagegen bemerkt die „Kreuzzeitung“:

Einige Nummern vorher hatte das „Berliner Tageblatt“ den beiden konservativen Fraktionen „Vertrauen in die deutsche Volkseele“ vorgeworfen, weil sie sich von der Verantwortlichkeit, deren Funktion besonders in den Händen der Sozialdemokratischen Fraktion, ausgeübt hätten. Wir vergehen diese Vorwürfe zur Ehre unserer Freunde, denen das Loben des genannten Hodes zur Genugtuung gereichen wird.

In Wirklichkeit lobt, soviel wir sehen, nicht das „Berliner Tageblatt“, sondern die „Kreuzzeitung“, und wir freuen uns über dieses Loben, weil der Herr die „Kreuzzeitung“ veranlaßt, die Wahrheit zu sagen.

Wie der konservativen „Reichsbote“ das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ganz einfach „das sozialdemokratische“ nennt, so betrachtet auch die „Kreuzzeitung“ die Schaffung verfassungsmäßiger Schutzwehren gegen das persönliche Regiment einfach als sozialdemokratische Parteiangellegenheit.

Ihre Feststellung, daß die Sozialdemokratie bei dieser verfassungsmäßigen Führung hatte, ist uns ganz außerordentlich wertvoll. —

Eine Warnung.

Zwei Ereignissen, die am Sonntag zur französischen Deputiertenkammer heraufgezogen, werden von der französischen wie der holländischen Presse ernst kommentiert. Genosse Jaurès nennt das Wahlergebnis „eine Warnung“ an die Regierung und ihre Mehrheit — deren Organe sich darüber allerdings in Schweigen hüllen. Beide Wahlkreise sind außerordentlich wichtig. Der eine Wahlkreis im Departement Meuse wurde seit 1878 von dem früheren Minister Morénois, der andre im Departement Saône-et-Loire seit 1878 von dem radikalen Führer Sarrasin besetzt.

Bei der letzten Wahl erhielten in dem Wahlkreis im Departement Meuse Herrmann der Radikale 6850, die Sozialisten 4200 und unter Parteienkandidaten 1400 Stimmen. Bei der Wahl am Sonntag hatten die Sozialisten überhaupst keinen Kandidaten aufgestellt, sondern bereits im ersten Wahlgang für den Radikalen gestimmt. Es erhielten der Radikale 6700, ein anderer, als unabhängiger Sozialist auftretender Radikaler 2000 und unter Parteienkandidaten 4800 Stimmen. Während also die Stimmen der Sozialistenkandidaten um mehr als 3000 zunahm, trugen die Sozialisten Stimmen um über 3000 und verlorenen sie sich.

Im Departement Saône-et-Loire kandidierte der Herr der Sozialisten gegen Herrn Sarrasin. Bei der letzten Wahl hatten erhalten Sarrasin 11 200, der Sozialist 6000 und unter Parteienkandidaten 3600 Stimmen. Am Sonntag erreichte Sarrasin 11 200, der Sozialist 6000 und unter Parteienkandidaten 3600 Stimmen. Auch hier sanken die Sozialisten Stimmen um über 3000 Stimmen, während die Sozialisten um über 3000 Stimmen und die Sozialisten um über 3000 Stimmen zunahm.

Es wäre allerdings sehr zu wünschen, daß die beiden letzten Wahlergebnisse nicht zu einem, und es ist auch nicht zu wünschen, daß sie in der Zukunft das eine oder das andre der beiden Parteien seien. Denn falls es aber für die Sozialisten das beste wäre zu beobachten, daß die Sozialisten in beiden Wahlkreisen die Stimmen gegen die konservativen Angehörigen der Regierung und ihre Mehrheit die Sozialisten sind, so ist das ein gutes Zeichen für die Zukunft der Sozialisten. Denn die Sozialisten sind ein gutes Zeichen für die Zukunft der Sozialisten. Denn die Sozialisten sind ein gutes Zeichen für die Zukunft der Sozialisten.

Deutschland.

Gesellschafts-Anspruchsbriefe? In Deutschland ist in der Regel der Anspruchsbrief ein Dokument, das dem Gläubiger ausgestellt wird, wenn er einen Anspruch auf eine bestimmte Summe geltend macht. Dieser Anspruchsbrief ist ein Dokument, das dem Gläubiger ausgestellt wird, wenn er einen Anspruch auf eine bestimmte Summe geltend macht. Dieser Anspruchsbrief ist ein Dokument, das dem Gläubiger ausgestellt wird, wenn er einen Anspruch auf eine bestimmte Summe geltend macht.

Rheinlands Ruh. Dem Finanzminister Freiherrn von Rheinbaben, ist eine Domherrnstelle am Domstift zu Merseburg verliehen worden. Es handelt sich dabei um eine Stelle, die für die Verwaltung eines Stiftes und für die etwa 3000 Mark, die Freiherr von Rheinbaben aus dieser Stelle bezieht, hat er absolut nichts zu leisten. Wenn es ihm Ernst ist mit der gepredigten Sparsamkeit, dann müßte er zunächst einmal dahin wirken, daß derartige Stellen beseitigt werden. —

Gefinnungsschnüffelei bei der Reichspost. Der Sieg unserer Parteigenossen bei den Kommunalwahlen in Kiel hat die dortige Oberpostdirektion veranlaßt, die sämtlichen Postbeamten amtlich darüber nachzudenken zu lassen, ob sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Wie die „Deutsche Postzeitung“ mitteilt, hat eine größere Anzahl von Beamten die geforderte Auskunft verweigert. Der Staatssekretär des Reichspostamts wird über diese Eigenmächtigkeit der Kieler Oberpostdirektion im Reichstag Rede und Antwort stehen müssen. —

Gegen die Verteuerung der Jagd wendet sich der Bund der Landwirte. In der liberalen Presse war vorgeschlagen worden, die Jagd in den Staatswäldern, die heute für einen lächerlich geringen Betrag den hohen Forstbeamten überlassen wird, an Jagdliebhaber zu verpachten. Man schätzt, daß der Ertrag aus der Jagd dann ein paar Millionen Mark einbringen könnte. Das Organ des Bundes der Landwirte wendet sich mit der Begründung dagegen, daß dann kein selbstberühmter, von wirklicher Liebe zu Wald und Wild erfüllter deutscher Mann noch Neigung zur staatlichen Forstkarriere verspüren würde, wenn in diesen Forsten die Herren v. Friedländer, v. Caro, v. Cohn u. v. v. mit ihren Dufingogen und Donnerbüchsen Paßhütten wohnen. —

Der deutsche Handelstag über die Reichsfinanzreform. Der Ausschuss des deutschen Handelstags beschäftigte sich am Sonntag mit der Reichsfinanzreform. Man erklärte sich mit der Erhöhung der Erbschaftsteuer und ihrer Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten einverstanden, lehnte dagegen die Nachlasssteuer in der Form der Regierungsvorlage ab, weil keine Rücksicht auf die Zahl der Erben genommen sei. Außerdem erklärte sich der Ausschuss gegen das Branntweinmonopol und gegen die Wandersteuer auf Zigaretten. —

Preussische Volksschul-Fürsorge. Aus Pommern wird berichtet: In Friedenthal, einem Ausbau von Ustulitz (Kreisstadt in Pommern) hat der Lehrer Kleinold im Einverständnis mit dem Lokalvorstand der Kreisvorkommissschule die Schule schließen müssen, da er seit acht Tagen kein Heizungsmaterial zum Heizen des Schulraums hat. Da sich die Einwohner von Friedenthal, die bis dahin das Heizmaterial für die Schule lieferten, ebenso die Stadt Ustulitz, die jetzt das Heizmaterial geben soll, weigern, es zu liefern, so werden Lehrer und Schüler noch einige Zeit Kälteferien haben. —

Jur Landtagswahl in Lippe wird noch berichtet: In der 3. Wahlklasse wurden abgegeben: 2673 konservative bzw. parteilose, 6425 liberale, 1346 christlich-soziale und 3712 sozialdemokratische Stimmen. Letztere haben also 10 338 bürgerliche Stimmen gegenüber. 1915 wurden 14 156 und 1904 nur 9425 Stimmen überhaupt abgegeben — 50 Proz. Steigerung. 1904 erhielten die Sozialdemokraten 2569 und die Bürgerlichen 6785 Stimmen. Keine Stimmenzahl hat sich demnach um 1125 = 46 Proz. und die der bürgerlichen Parteien um 3553 = 34,5 Proz. vermehrt. Im 2. Kreise stehen 267 sozialdemokratische Stimmen 599 liberale und 349 konservative, im 1. Kreise 222 sozialdemokratische Stimmen 1164 liberale und 697 parteilose gegenüber. —

Aus der Parteibewegung.

Zu 150 Mark Geldstrafe wurde der verantwortliche Redakteur der „Eisen- und Arbeiterzeitung“ Genosse Dikamp verurteilt, weil er Gewerkschaften beleidigt haben sollte. Er hatte das Schreiben des holländischen Gewerkschaftsverbands, das im Interesse des Guttenbergbundes in marktstreikender Weise gegen den Bundesverband Stellung genommen hat, in kräftigen Worten gefesselt. —

Gemeindevahl. In Langensalza fand die Stadtverordnetenwahl zwischen unserem Genossen Tischler Gadrich und dem Führer der dortigen Gelben Heber statt. Unser Kandidat errang mit 187 Stimmen den Sieg über den gegnerischen Kandidaten, der es auf 159 Stimmen brachte. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat nunmehr zwei Vertreter im Stadtparlament. Das Bürgeramt ist bei der Stichwahl von den Gelben geführt abgerückt, indem es diese nicht unterlag. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 10. Dezember 1908.

Beamte und Wohnungsgeldtarif.

Nach den Bestimmungen des neuen Wohnungsgeldtarifs für die Beamten gehen Magdeburg zur Klasse C des Wohnungsgeldtarifs. Der Wohnungsgeldzuschuß würde danach in Zukunft entragen: Tarifklasse 1 RM. 1850 (bisher 1200), Tarifklasse 2 RM. 1850 (bisher 1200), Tarifklasse 3 RM. 1850 (bisher 1200), Tarifklasse 4 RM. 1850 (bisher 1200), Tarifklasse 5 RM. 1850 (bisher 1200), Tarifklasse 6 RM. 1850 (bisher 1200).

Die Magdeburger Beamten sind mit dieser neuen Regelung nicht einverstanden. Sie verlangen die Fortsetzung Magdeburgs in die Klasse B, die einen höheren Wohnungsgeldzuschuß bedeutet. Sie sind besonders besorgt, weil die Beamten durch eine so hohe Steuerbelastung in der Lage sein werden, die Fortsetzung Magdeburgs zu verhindern. Reichsstadtschreiber, der diesen Besatz unterzeichnete, wandte sich um Unterstützung von städtischen Beamten an den Magistrat, der das Erlauben aber — mit denen die Antwort darauf mag sein — in einer recht kurz angebundenen Weise ablehnte, weil die Stadt kein Interesse an der Fortsetzung des Wohnungsgeldtarifs habe.

Die Beamten sind mit dieser neuen Regelung nicht einverstanden. Sie verlangen die Fortsetzung Magdeburgs in die Klasse B, die einen höheren Wohnungsgeldzuschuß bedeutet. Sie sind besonders besorgt, weil die Beamten durch eine so hohe Steuerbelastung in der Lage sein werden, die Fortsetzung Magdeburgs zu verhindern. Reichsstadtschreiber, der diesen Besatz unterzeichnete, wandte sich um Unterstützung von städtischen Beamten an den Magistrat, der das Erlauben aber — mit denen die Antwort darauf mag sein — in einer recht kurz angebundenen Weise ablehnte, weil die Stadt kein Interesse an der Fortsetzung des Wohnungsgeldtarifs habe.

Die Beamten sind mit dieser neuen Regelung nicht einverstanden. Sie verlangen die Fortsetzung Magdeburgs in die Klasse B, die einen höheren Wohnungsgeldzuschuß bedeutet. Sie sind besonders besorgt, weil die Beamten durch eine so hohe Steuerbelastung in der Lage sein werden, die Fortsetzung Magdeburgs zu verhindern. Reichsstadtschreiber, der diesen Besatz unterzeichnete, wandte sich um Unterstützung von städtischen Beamten an den Magistrat, der das Erlauben aber — mit denen die Antwort darauf mag sein — in einer recht kurz angebundenen Weise ablehnte, weil die Stadt kein Interesse an der Fortsetzung des Wohnungsgeldtarifs habe.

Die Beamten sind mit dieser neuen Regelung nicht einverstanden. Sie verlangen die Fortsetzung Magdeburgs in die Klasse B, die einen höheren Wohnungsgeldzuschuß bedeutet. Sie sind besonders besorgt, weil die Beamten durch eine so hohe Steuerbelastung in der Lage sein werden, die Fortsetzung Magdeburgs zu verhindern. Reichsstadtschreiber, der diesen Besatz unterzeichnete, wandte sich um Unterstützung von städtischen Beamten an den Magistrat, der das Erlauben aber — mit denen die Antwort darauf mag sein — in einer recht kurz angebundenen Weise ablehnte, weil die Stadt kein Interesse an der Fortsetzung des Wohnungsgeldtarifs habe.

kleine Aufbesserung ihrer Einkommensverhältnisse herbeizuführen. Die Erhöhung der Gehalte der Unterbeamten war so unzulänglich, daß selbst die Regierung sich nach einem Trost umsehen mußte, den sie darin fand, daß durch den Wohnungsgeldzuschuß die unzulängliche Gehaltserhöhung ausgeglichen werde.

Was bringt nun der Wohnungsgeldzuschuß den Unterbeamten in Preußen und im Reich? Nach der für das Reich und Preußen gleichlautenden Vorlage erhöht sich der Wohnungsgeldzuschuß folgendermaßen:

Klasse A	von 360 auf 580 + 120 Mark
B	270 „ 360 + 90 „
C	218 „ 290 + 74 „
D	162 „ 220 + 58 „
E	108 „ 150 + 42 „

Das wäre nach der Durchschnittsrechnung der Regierung eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 180 Mark auf 300 Mark, also um 111 Mark. So rechnen, heißt aber mit Zahlen faulen Zauber treiben! Denn wenn wir die Klasse A, die nur Beamte in Berlin, Charlottenburg, Deutsch-Wilmersdorf, Frankfurt a. M., Friedenau b. Berlin und Schöneberg b. Berlin umfaßt, a u s c h e n, beträgt für die übrigen Klassen B bis E, also den ungeheuer überwiegenden Teil, die durchschnittliche Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses nur 65 Mark!

Aber damit nicht genug. Für einen großen Teil der Unterbeamten wird nach dem Entwurf der Regierung der Wohnungsgeldzuschuß nicht einmal um 65 Mark, sondern nur um 20 Mark, um 4 Mark (schreibe vier Mark), ja sogar für große Gruppen um nicht einen einzigen roten Heller erhöht! Eben dadurch nämlich, daß die neue Klasseneinteilung vorgenommen worden ist. Allein in Preußen sind nach einer Auskunft des Finanzministers in der Budgetkommission 64 000 Beamte in eine niedrigere Klasse versetzt worden. Und unter diesen 64 000 Beamten befinden sich mehrere zehntausende preussischer Unterbeamten!

Gerade die Unterbeamten aber leiden am meisten unter dieser Herabsetzung in eine niedrigere Ortsklasse. Denn wenn ein Unterbeamter aus Ortsklasse A in Ortsklasse B versetzt wird, erhöht sich, wie ein Blick auf die obige Tabelle beweist, sein Wohnungsgeldzuschuß um keinen Pfennig! Bei Versetzung von Klasse B in Klasse C erhält der Unterbeamte nur 20 Mark, bei Versetzung von Klasse C in Klasse D nur 4 Mark mehr! Nun ist aber eine große Anzahl der größten Orte in eine niedrigere Ortsklasse eingeteilt worden, so z. B. in Preußen Altona, Breslau, Köln und Hildesheim aus der ersten in die zweite Klasse, fürs Reich kommen hier in erster Linie Hamburg, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Bremen, München, Metz usw. in Betracht. Weiter werden in Preußen außer Magdeburg beispielsweise die Städte Barmen, Bielefeld, Bochum, Brandenburg, Gelsenkirchen, Görlitz, Graubenz, Gumbinnen, Hagen, Halle, Hannover, Harburg usw. aus der zweiten in die dritte Klasse versetzt!

Der Effekt dieses Schachzugs ist der, daß viele Tausende von Unterbeamten völlig um jede Wohnungsgeldzuschußerhöhung gepreßt werden, während viele Tausende anderer nur lächerliche Erhöhungen um 4 Mark oder 20 Mark erhalten werden!

Und diese schwere Benachteiligung würde in voller Wucht gerade die so schlecht bezahlten Unterbeamten treffen. Denn bei den mittleren Beamten würde die Herabsetzung in eine niedrigere Ortsklasse immerhin noch eine Zulage von 90 bis 110 Mark bedeuten (wenngleich immer noch eine schwere Benachteiligung), während bei den oberen Beamten ein Verlust des Wohnungsgeldzuschusses zwischen 90 bis 300 Mark auch bei der Herabsetzung in eine niedrigere Ortsklasse zu verzeichnen wäre.

Die Gefahr ist also groß, daß die schon bei der ganzen allgemeinen Gehaltserhöhung geprellten Unterbeamten nun auch bei der Fortsetzung des neuen Wohnungsgeldzuschusses erst recht über's Ohr gehauen werden. Die Proteste der Beamten sind daher durchaus angebracht, um so mehr als die Budgetkommission einen konservativen Antrag angenommen hat, der dem Reichstag zur Kenntnis gebracht worden soll, und in dem zwar gefordert wird, daß die Benachteiligung der Beamten durch die Herabsetzung in eine niedrigere Ortsklasse möglichst beseitigt werden möge, der aber gleichzeitig betont, daß wesentliche Mehrausgaben bei der Fortsetzung des Wohnungsgeldzuschusses gegenüber der Regierungsvorlage nicht bewilligt werden möchten!

Zu den neuen großen Laiten, die im Reich und in Preußen der Bevölkerung aufgebürdet werden sollen, haben auch die Beamten ihr gut Teil beizutragen. Um so mehr haben sie Ursache, sich gegen das neue Attentat auf ihre Einkommensverhältnisse zu wehren. Dem Magdeburger Magistrat aber werden sie mit Recht die Unterbrechung dieser Attentatsversuche so bald nicht verzeihen! —

— Eingestelltes Verfahren. Vor mehr als 2 Jahren erschien in der „Volksstimme“ eine Notiz, „Eine verachtete Schwindelfabrik“ überschrieben, in der über eine auf Veranlassung der Essener Staatsanwaltschaft vorgenommene Hausdurchsuchung in den hiesigen Büräumchen der Vaterländischen Krankenunterstützungs- und Sterbefälle E. S. 5 zu S. 1. W. berichtet wurde. Durch die Notiz schloß sich der Direktor der Kasse, August Kietzig, bedauert, weswegen er Privatklage gegen unsern Redakteur Genossen Wittmann anstregte, die später auch auf den Redakteur Köhler vom „Central-Anzeiger“, der die Notiz übernommen hatte, ausgedehnt wurde. Infolge eines langwierigen Ermittlungsverfahrens gegen den Direktor Kietzig, das erst erledigt werden sollte und in dem festgestellt wurde, daß die Praktiken der Kasse zwar nicht zweifelhaft seien, aber Kietzig wahrscheinlich aber die Kasse nicht genau orientiert gewesen wäre, weshalb das Verfahren gegen ihn einzustellen ist, fand erst am heutigen Donnerstag in der Privatklageangelegenheit vor dem hiesigen Schöffengericht Termin an. Zu einer Verhandlung kam es jedoch nicht, da das Gericht beschloß, das Verfahren gegen die Redakteure Wittmann und Köhler auf Kosten des Privatklägers einzustellen, weil dieser zum Termin nicht erschienen war und auch keinen Vertreter bestellt hatte. —

— Haushaltspläne für das Jahr 1909. Den Stadtverordneten sind die Entwürfe der Haushaltspläne der städtischen Verwaltung, des Stadtkonzepts zu Magdeburg, der städtischen Büchereien, der Gartenerwaltung, des Schlosses und Reichshofs und der Sparkasse zur Prüfung vorgelegt. Ihren verhältnismäßig günstigen Abschluß brachte die städtische Verwaltung, deren Einnahmen auf 3 070 000 M., die Ausgaben auf 2 450 000 M. angegeben

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 290.

Magdeburg, Freitag den 11. Dezember 1908.

19. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

179. Sitzung.

Mittwoch den 9. Dezember, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Von Bethmann-Hollweg.
Das Uebereinkommen mit Oesterreich und Ungarn betreffend den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz, wurde in dritter Beratung debattellos bewilligt.

Es folgt die dritte Beratung der

Novelle zur Gewerbeordnung

betreffend den Arbeiterinnenschutz.
Abg. Freiherr von Camp (Rp.) bedauert, daß dem Wunsch der Industriellen, die Beratung bis nach Weihnachten zu verschieben, nicht entsprochen ist. Man könne nicht wissen, ob unsere stärksten Konkurrenten, England und Belgien, der Berner Konvention beitreten.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg zweifelt nicht daran, daß speziell England und Belgien der Berner Konvention beitreten werden und erinnert, daß der Reichstag den Beitritt des Reiches schon vor längerer Zeit beschlossen hat.

Abg. Hennig (Konf.): Wir sind prinzipiell mit einer Verstärkung des Arbeiterinnenschutzes einverstanden, wollen aber nicht über die Regierungsvorlage hinausgehen. Die Beschlüsse der zweiten Lesung gehen weit über die Berner Konvention hinaus und es ist zu bezweifeln, daß Belgien und England sich dem anschließen. Nicht nur von Arbeitgebern haben wir Petitionen gegen die Vorlage erhalten, sondern auch eine von 9000 Arbeiterinnen.

Abg. Günther (Freif. Sp.): Auch wir bedauern die Beschleunigung dieser Vorlage. Viele sachliche Einwendungen, so die großen Bedenken der vorgeschlagenen Stücker- und Spinnenindustrie, sind von der Kommission gar nicht beachtet worden.

Abg. Stresemann (natl.) bedauert gleichfalls, daß die Kommission Beschlüsse vorzubringen, soweit Verfügungen vorliegen, werden sie sich gegen die weitgehenden Beschlüsse. Die von Herrn Günther erwähnten Arbeiterinnen sind sicher unbeeinflusst und von der sozialdemokratischen Presse in Speerdruck genannt worden. Prinzipiell ist uns die Verfügung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen sympathisch. Wir halten aber die Regierungsvorlage für die geeignete Grundlage. (Bravol bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ueber die Kommissionsberhandlungen sind in der sozialdemokratischen und Zentrums-Presse ausführliche richtige Fehler erschienen, die Fabrikanten waren also unterrichtet. Das beweisen ja auch die eingegangenen Petitionen. Von einer Ueberheftung kann keine Rede sein, im Gegenteil, die Vorlage ist bedenkenreicherweise und nicht ohne Rücksicht der Regierung verzögert worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegen die Vorlage wendet sich nur ein kleiner Teil der Industriellen, diejenigen nämlich, die noch der rückständigen Ansicht sind, Arbeiter seien nur dazu da, um ihre Arbeitskraft dem Arbeitgeber voll zur Verfügung zu stellen, ohne Rücksicht auf Schädigung ihrer Gesundheit und Sittlichkeit und der Gesundheit ihrer Nachkommenschaft. Wenn der Reichstag auf diese Einwände auch nur das geringste geben würde, wäre es bedauerlich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegen Herrn von Camp stelle ich fest, daß wir auch bei Ausnahme aller Beschlüsse doch noch bezüglich Arbeiterrecht weit hinter dem zurückbleiben, was in England seit 1848 besteht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Damals wurde dort der Zehnundentag für Jungen bis zum 19. Jahre eingeführt, während man hier es ablehnte, über 16 zu gehen. Das Resultat unserer Beratungen ist eine ungenügende Abschlagszahlung und bleibt weit zurück hinter dem, was gewerkschaftliche Kämpfe vielfach bereits erreichten. Allerdings, wer noch nicht eingesehen hat, daß erhöhter Arbeiterschutz der Industrie nur von Nutzen ist, der ist überhaupt nicht zu überzeugen. In Vorn wurde hervorgehoben, daß die Beschlüsse ein Mindestmaß für die Kulturstaaten sein sollen. Die Herren Camp und Hennig scheinen aber die Berner Beschlüsse als Maximum zu betrachten. Wir bedauern, daß entgegen unserm Antrag die ganze Frage auf die Betriebe von mehr als 10 Arbeiterinnen beschränkt ist, was die Berner Konvention als Minimum verlangt. Dänemark, Italien, Belgien haben zum Beispiel die Grenze bei 5 gezogen. Die Herren, die immer die nationale Ehre im Munde führen, sollten sich schämen, wie wir zurückstehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Behauptung, daß Arbeiterinnen gegen den Schutz sind, können Sie nur ein Papier vorgezeigt mit Namen von Arbeiterinnen, aber daß es eine Arbeiterin gibt, die gegen den Schutz ist, das stimmt nicht. Das gleiche Mandat ist bereits 1831, 1841 und 1847 in England gemacht worden. Auch damals kamen solche Petitionen von Arbeiterinnen vor. Die Gewerbeinspektoren wickeln dann aber erst, daß auf Befragen nicht eine Arbeiterin sich gegen den Schutz erklärt hat, sondern alle sich für einen noch weitergehenden Schutz aussprechen. In Dresden wurde den Arbeiterinnen eine Petition vorgelegt mit dem Bemerkten, sie sei gegen die Tabaksteuer. (Lachen b. d. Natl. Sehr richtig! b. d. Soz.) Eine von weit über 1000 Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung hat am letzten Freitag in Dresden gegen diese Art Hesse gegen den Arbeiterinnenschutz Stellung genommen. Eine ganze Reihe hat erklärt, daß sie von dem Inhalt der Petition, zu deren Unterschrift sie genötigt worden seien, keine Kenntnis gehabt haben. (Hört, hört!) Es finden sich unter den Namensunterschriften solche von ausländischen Arbeiterinnen, denen man ansieht, wie schwer es den Betreffenden fiel, auch nur ihren Namen zu schreiben. Solche Arbeiterinnen vermögen auch nicht in drei Stunden eine so umfangreiche Petition durchzulesen. Gewiß hat man in jener Zigarettenfabrik ihnen nicht so viel Zeit gegeben. Die letzte Seite ist vom Wermeister vorgelegt worden, der erklärte, es handle sich um einen Protest gegen die Tabaksteuer.

Sehr bedauerlich ist es, daß der Schutz der Heimarbeiterinnen abgelehnt wurde, nämlich durch Ablehnung unseres Antrags, die Worte „Betriebe, in denen“ zu ersetzen durch „Betriebe, für die“. Die jebige Fassung muß zu einer Umgehung des Gesetzes führen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Was ist denn eigentlich erreicht? Das Verbot der Nacharbeit für Arbeiterinnen und Jugendliche von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens; ein kleiner Fortschritt, der kaum der Rede wert ist! Die ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden anstatt wie früher 9 ist auf dem Papier zweifellos ein Fortschritt, in Wahrheit ist das aber in den meisten Fabriken durch die gewerkschaftlichen Organisationen bereits durchgesetzt. Dieser Erfolg wird die Arbeiterinnen hoffentlich überzeugen, daß es eine Pflicht der Selbsterhaltung ist, der Organisation in Massen beizutreten. Als einzelner ist der Arbeiter der schrankenlosen Willkür des Unternehmers ausgeliefert. Durch Zusammenjucheln erlangt die höchste Ware, die wir haben, die Arbeitskraft, erst den Schutz, den sonst jede Ware haben kann. Die Arbeiter müssen sich also organisieren. (Zuruf b. d. Natl.: Hoffentlich nicht!) Dieser Zuruf zeigt, daß Sie die Ware Arbeitskraft geringer achten als ein paar Lumpen oder einen Saß Kaffee. (Große Unruhe b. d. Natl. u. rechts. Zurufe b. d. Natl. Glocke des Präsidenten.) Herr Osann, es ist kulturwidrig, wenn man hofft, daß die Arbeiter sich nicht organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Einen so tiefen Standpunkt hat Ihre

Partei 1860 nicht eingenommen. Sie aber, Herr Osann, haben gezeigt, auf welchem Standpunkte die Nationalliberalen jetzt angekommen sind. Ich danke Ihnen für das Geständnis. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.)

Eine weitere kleine Verbesserung ist die Herabsetzung der Arbeitszeit am Sonnabend um eine halbe Stunde. Da klagt man auf der rechten über den Industriellen. Das sind dieselben Herren, die immer für die Sonntagruhe eintreten und welche einen Schutz der Handelsangestellten wünschen. Wer nun für eine Höchstarbeitszeit aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen eintritt, muß auch unter allen Umständen der Umgehung des Gesetzes einen Riegel vorschieben. Die Herren, die ein Jetermorbid darüber anstimmten, daß der § 137a in das Gesetz gekommen ist (Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause), haben damit zu erkennen gegeben, daß sie Bestimmungen wünschen, die der Umkehrung Taz und Lor öffnen. Das Gesetz bringt vom 1. Januar 1910 eine Höchstarbeitszeit von 10 Stunden statt von 11. Wir haben wiederholt dargelegt, daß das eine ungenügende Abschlags-Drittel der Fabrikarbeiterinnen eine Zehnundentag erringen haben, 20 Prozent sogar schon eine solche von 9 Stunden. Da wäre es nötig gewesen, den Arbeitstag von 9 Stunden einzuführen und später auf 8 herabzusetzen. (Zustimmung b. d. Soz.) Und das wäre auch durchführbar. Eine Reihe von Staaten hat bereits viel weitergehende Bestimmungen. England hat seit 1848 nicht nur für Arbeiterinnen, sondern auch für jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren den Zehnundentag.

Eine weitere Verbesserung ist die Erhöhung der Schonzeit für Arbeiterinnen, die einer Niederkunft entgegensehen oder sie mindestens 12 Wochen betragen. Wir bedauern, daß eine solche Bestimmung nicht angenommen und ebenja, daß nicht bestimmt ist, daß der Arbeiterin die Stelle offen gehalten und während der Schonzeit ihr Entgelt gezahlt werden muß. Eine weitere Verbesserung ist die Bestimmung, daß Arbeiterinnen aus gesundheitlichen Rücksichten nicht in Katakomben und zum Transport von Materialien bei Kauten verwendet werden dürfen. Redner empfiehlt den Antrag seiner Partei, die Arbeitszeit am Sonnabend allgemein auf 7 Stunden herabzusetzen, die Höchstarbeitszeit auf 7 Stunden zu beschränken, und wendet sich alsdann gegen den Antrag Stresemann und Manz, welcher die Ausnahmezeit von 40 auf 50 Tage erhöhen will. Schon die Ausnahmezeit von 10 Tagen geht weit über das Bedürfnis hinaus und verleitet zur Umgehung des Gesetzes.

Die Vorteile der ganzen Vorlage sind außerordentlich minimal, und es ist besonders bedauerlich, daß dieser kleine Lohnschritt der Gewerbeordnung aus dem Rahmen der Kommission herausgenommen ist, wo ein einheitliches Arbeiterrecht geschaffen werden sollte. Da wir beim Volke ein sehr geringes soziales Empfinden sehen, beschränken wir uns, nur den einen Antrag auf Herabsetzung der Arbeitszeit am Sonnabend einzubringen, von dem wir hoffen, daß die Mehrheit für ihn stimmt. Aber dringend möchte ich bitten, jeder Verschlechterung entgegenzutreten, sonst nehmen Sie wieder, was endlich nach monatelangem Kampf errungen ist. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Erzberger (Chr.): Die Interessen der Industriellen, über deren Nichtbeachtung Herr Camp sich beklagte, sind durch die Herren Stresemann und Schmidt (Altenburg) in der Kommission mit größter Berechnung vertreten worden. Derartige Einwendungen sind schamlos, sie sollen bereden, daß man in der Sozialpolitik nicht voran will. Die Beschlüsse der zweiten Lesung betreffen nicht sämtliche, aber wir sind bescheiden. (Heiterkeit.) Da uns erklärt wird, daß der Antrag der Nationalliberalen und Freiwirtschaftlichen, die Zahl der Ausnahmetage auf 50 zu erhöhen, eine unerlässliche Bedingung ist, so werden wir als praktische Realpolitiker zustimmen, bitten Sie aber, nicht noch weiter an den Schurkenmachungen anzuhängen. (Bravol. v. Fr.)

Abg. Stresemann (natl.) wendet sich gegen die Vermutung des Abg. Stadthagen, daß in Dresden die Arbeiterinnen in einer Zigarettenfabrik getäuscht worden seien.

Damit schließt die Generaldiskussion.
Die Paragrafen bis 136 werden debattellos angenommen.
Zu § 137 Verbot der Nacharbeit und Zehnundentag der Arbeiterinnen, der an den Vorabenden der Sonn- und Festtage auf 8 Stunden herabgesetzt ist) beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.), die Arbeitszeiten an den Vorabenden auf 7 Stunden zu beschränken.

Abg. Manz (Freif. Sp.) wendet sich gegen den Antrag Albrecht. Man solle niemand mit Schussbestimmungen beglücken, deren er nur bedarf. Auch muß Rücksicht auf die Konkrete, tatsächliche der deutschen Industrie genommen werden. Ein freier Sonnabendnachmittag ist ja schon, aber unsere Arbeiter müssen mit ihm gar nichts anfangen. (Stürmische Oesterker b. d. Soz.) Die Arbeiterinnen würden uns bestige Vorwürfe machen! (Erneutes Lachen b. d. Soz.) Die deutschen Arbeiter müssen erst ganz anders werden, dann kann man an einen freien Sonnabendnachmittag denken. (Beifall beim Volke.)

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Ich vermag nicht einzusehen, in welcher Weise die Einführung des Zehnundentags am Sonnabenden die Erntefähigkeit unserer Industrie erheblich schädigen sollte. Ich meine, daß unsere Industrie heute auf einem höheren Standpunkt steht, als die englische im Jahre 1848. England und Amerika haben heute höchstens einen Zehnundentag am Sonnabend, und zwar für alle Arbeiter. Herr Manz glaubt nun, unsere Arbeiter würden uns bestige Vorwürfe machen! (Erneutes Lachen b. d. Soz.) Die deutschen Arbeiter müssen erst ganz anders werden, dann kann man an einen freien Sonnabendnachmittag denken. (Beifall beim Volke.)

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Entschuldigen Sie, wenn ich mich in den Konzernen der Sachsen dränge. (Heiterkeit.) Diese sind empört, daß hier der Versuch gemacht werden soll, mit dem Arbeiterrecht in die Heimindustrie hineinzuqueren. Ich werde eine andre Melodie singen. Redner verliest ein Gutachten über die Schädlichkeit der Heimindustrie. Dieses Gutachten der Handelskammer von Plauen von 1890 (lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) wird Herr Günther nicht mit der Behauptung erledigen wollen, daß es von Keuten stammt, die die Verhältnisse von Plauen nicht kennen. Herr Stresemann sagt, andre Familienangehörige werden die Arbeit abholen, aber der Unternehmer wird schon wissen, wer die Arbeit macht, und die Gewerbeinspektoren werden es auch

Abg. Günther (Freif. Sp.): Diese Bestimmungen werden vielfach gar nicht durchführbar sein. Die Heimarbeiter werden einfach von andern Familienangehörigen abgeholt werden. Die Petition der Arbeiterinnen entsprang zweifellos freiem Antrieb. (Bravol bei den Freiwirtschaftlichen.)

Abg. Haniel (Natl. Vg.): Die Ablehnung liegt im Interesse der Arbeiter.

Abg. Stresemann (natl.): Wer die Verbindung der sächsischen Industrie mit der Heimarbeit kennt, wird verstehen, daß alle bürgerlichen Abgeordneten aus Sachsen gegen den Paragraphen sind. Wir werden dafür stimmen, weil wir mit seinem Prinzip, den Zehnundentag nicht zu gefährden, einverstanden sind.

Abg. Wagner (Konf.) schiebt sich als Sachse den Vordemern an.

Abg. Mollenbuhr (Soz.): Entschuldigen Sie, wenn ich mich in den Konzernen der Sachsen dränge. (Heiterkeit.) Diese sind empört, daß hier der Versuch gemacht werden soll, mit dem Arbeiterrecht in die Heimindustrie hineinzuqueren. Ich werde eine andre Melodie singen. Redner verliest ein Gutachten über die Schädlichkeit der Heimindustrie. Dieses Gutachten der Handelskammer von Plauen von 1890 (lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) wird Herr Günther nicht mit der Behauptung erledigen wollen, daß es von Keuten stammt, die die Verhältnisse von Plauen nicht kennen. Herr Stresemann sagt, andre Familienangehörige werden die Arbeit abholen, aber der Unternehmer wird schon wissen, wer die Arbeit macht, und die Gewerbeinspektoren werden es auch

herausbekommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer es so hintert, als ob diese Gesetzgebung vom grünen Tische gemacht würde, der bebietet sich lediglich einer Mäse, um seine wahren Absichten zu verbergen. (Bravol b. d. Soz.)

§ 137a wird angenommen, ebenso § 138. Zu § 138a (längere Beschäftigung der Arbeiterinnen bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit an im ganzen 40 Tagen resp. 2 Wochen dauernd) beantragen die Abg. Manz (Freif. Sp.) und Stresemann (natl.), die Gesamtzahl der Ausnahmetage auf 50 zu erhöhen. Doch soll im Betriebsjahresdurchschnitt die 10stündige Arbeitszeit nicht überschritten werden.

Abg. Günther (Freif. Sp.) befürwortet den Antrag.

Abg. Hoch (Soz.) bekämpft den Antrag und bedauert, daß das Zentrum, entgegen seiner Stellungnahme in der Kommission und bei der zweiten Lesung, nunmehr für diesen Verschlechterungsantrag stimmen wolle. Es liegt gar kein Grund vor, für Lieberarbeit weitgehende Ausnahmen zu gewähren. Auch dem wahren Interesse der Industrie ist damit nicht gedient. (Bravol b. d. Soz.)

Abg. Erzberger (Chr.) judt den Umfall seiner Partei damit zu rechtfertigen, daß mit der Annahme des Antrags Manz-Stresemann ja nicht die Summe der Jahresarbeit erhöht werden soll.

Abg. Stadthagen (Soz.) weist nach, daß die Klausel im Antrag Manz-Stresemann betreffend die Nichtüberschreitung der täglichen Arbeitszeit im Jahresdurchschnitt vielfach wirkungslos bleiben wird, da ja gar nicht gesagt sei, daß alle Arbeiterinnen der angehenden Vergütung teilhaftig werden würden. Theoretisch sei es sogar möglich, daß Arbeiterinnen beim Wechsel ihrer Arbeitsstätte 100 Tage im Jahre Mehrarbeit leisten. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Antrag Manz-Stresemann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei § 138a, der die Ausnahmetage für Betriebe mit Feuerarbeit und unterbrochener Tag- und Nacharbeit betrifft, wird die Zahl dieser Ausnahmetage auf Grund eines weiteren Antrags Manz-Stresemann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ebenfalls auf 50 normiert.

In Art. 5 wird ein Antrag Hennig (Konf.), das Verbot der Frauenarbeit in Kokerien erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen, nach Befürwortung durch den Antragsteller und nach Befämpfung durch den Abg. Stadthagen (Soz.), der auf die Ueberfruchtbarkeit einer so langen Frist hinweist, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird der Gesetzentwurf angenommen.

Hierauf wird die

Beratung des Entwurfs

fortgesetzt

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg: Bei der Annahme des Sprachenparagraphe des Vereinsgesetzes hat sich keine Partei in einer Debatte über die Tragweite ihrer Entscheidungen befunden. Niemand ist auch im Zweifel gewesen über die äußerste Grenze, welche die Regierung in dieser nationalen Frage festhalten sollte. Wir waren uns alle einig, daß es gerade beim Vereinsgesetz weniger auf den Wortlaut als auf die Art ankommt, in der es gehandhabt wird. (Sehr richtig!) Deshalb habe ich wiederholt erklärt, daß das Gesetz nicht in kleinstem veratorischem Sinne ausgeführt werden sollte. (Bravol b. d. Liberalen. Hört, hört! b. d. Soz.) Auch habe ich durch ein Rundschreiben an die verbündeten Regierungen auf die Erklärungen von Bundesratsmitgliedern aufmerksam gemacht. Die verbündeten Regierungen haben ihre Behörden über die Anwendung des Gesetzes instruiert und die Instruktionen sind zum großen Teil in der Presse veröffentlicht und besprochen worden. In Süddeutschland ist man damit durchaus zufrieden. Das sächsische Ministerium hat den mit dem Vollzug des Gesetzes betrauten Organen aufgegeben, sich bei seiner Anwendung von jeder Schikane oder Mabelstufpolitik fernzuhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Preußen hat seine Beamten darauf hingewiesen, daß die Praxis, an die sie sich gewöhnt hatten, nicht mehr zulässig sei. Das Gesetz bezwecke die Befreiung der Reichsangehörigen bei ihrem Vereins- und Versammlungsbefugnisse von allen unnötigen Einschränkungen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Behördliches Eingreifen soll daher niemals in kleinlicher, unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur zum Schutze eines erheblichen Staatsinteresses. Der preussische Minister des Innern spricht in der Instruktion die Erwartung aus, daß begründete Beschwerden darüber, daß Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu Vereinen oder wegen ihrer Teilnahme an Versammlungen in ihrem Gewerbeleben geschädigt werden, in Zukunft vermieden werden. Meiner Regierung und Bundesregierungen sind also beizuhilfen, dem Gesetz eine völlig einwandfreie Durchführung zu sichern.

Bei der Handhabung des Gesetzes sind Fehlgriffe vorgekommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist doch nicht verwunderlich, da nur knapp 10 Tage zwischen der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten lagen. (Sehr richtig! rechts.) Allerdings habe ich von den vorgebrachten Beschwerden den Eindruck, daß sie stark übertrieben sind. Beim Reichskanzler des Innern sind im ganzen nur vier Beschwerden eingegangen, und das war in keinem Falle der im Gesetz vorgeschriebene Zuständigkeitsweg befolgt. Drei Beschwerden habe ich deshalb an die Landesregierungen abgegeben. In zwei Fällen haben sie Remedur geschafft, in einem Falle ist die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. Eine Beschwerde darüber, daß eine Bundesregierung unzulässige Handhabung des Gesetzes geduldet hätte, ist an mich nicht gelangt.

Ich bin aber auch den in der Presse vorgebrachten Beschwerden von allgemeinem Interesse nachgegangen und habe gefunden, daß auch die Bundesregierungen überall Remedur schaffen, wo das Gesetz den Instruktionen entgegen gehandhabt wurde. Selbstverständlich kann ich nicht auf jede Zusammenhang, die eine Beschwerde über unrichtige Anwendung des Gesetzes enthält, an eine Bundesregierung schreiben. Wenn hat auch wieder die Landesregierung nach der Reichskanzler des Innern, einzugehen, sondern sehr viele Fälle unterliegen der Zuständigkeit der Gerichte, die in voller Souveränität zu entscheiden haben. Die Frage der Gewerkschaftsverbände wird ebenfalls durch gerichtliche Entscheidung entschieden werden. Die preussische Regierung hat in ihrer Instruktion jede unzulässige oder unnütze polizeiliche Einschränkung in die Hände der Landesregierungen und Arbeitnehmer auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsbefugnisse unterlag. (Hört, hört!) Wenn heute die Intervention über die Handhabung des Vereinsgesetzes auf der Tagesordnung läge, so könnte ich nur erklären, daß mir Verstoße gegen Form und Wortlaut des Vereinsgesetzes nicht bekannt sind. (Gelächter b. d. Soz.) Ich bitte die Herren Interpellanten, mir schon jetzt die ihnen bekannten Fälle mitzuteilen, damit die Verantwortung der Intervention nach Weihnachten sich zu einer fruchtbringenden gestaltet. (Lebhafter wiederholter Beifall beim Volke.)

Staatssekretär im Reichspostamt Rätke wendet sich gegen den Vorwurf des Abg. Freiherrn von Camp, daß die Post nicht sparsam genug wirtschaftete.

Abg. Schrader (Freif. Vg.): Hoffentlich müßte die Instruktion des preussischen Ministers, um eine vernünftige Handhabung des Vereinsgesetzes zu gewährleisten. In Bezug auf die

auswärtige Politik ist Zurückhaltung geboten. Hoffentlich werden die türkisch-österreichischen und die bulgarisch-türkischen Unstimmigkeiten friedlich beigelegt, und hoffentlich bleibt auch das Spiel der Serben und Montenegriner mit dem Feuer ein bloßes Spiel. Der Redner, der bei seiner kleinen Stimme fast unverwundlich ist, wendet sich dann dem Staat zu, von dem er wenig erbaud zu sein scheint. In den Staatssekretär Dernburg richtet er die Mahnung, da er ja Diamanten in Südwestafrica gefunden habe, sich wegen der Walfischhai nicht mit England zu verfeinden, eingedenk des schönen Verses: „Du hast Diamanten und Perlen, hast alles, was Menschen Begehrt, du hast auch die schönsten Augen, mein Liebchen, was willst du noch mehr.“ (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär des Kolonialamts Dernburg: Die Behauptungen der englischen Presse, ich hätte den Premierministern der Kolonie und von Transvaal Anerbietungen wegen Abtretung der Walfischhai an Deutschland gemacht, sind vollständig erfunden. (Hört, hört!) Die Mitteilung ist nur ein dreifacher Versuch, zwischen England und Deutschland Zwietracht zu säen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf verlagte das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Provinz und Umgegend.

Biederitz, 9. Dezember. (Aus der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung.) Für die Gemeinde-Abrechnung konnte keine Entlastung erteilt werden, da von dem zur Prüfung der Abrechnung gewählten Gemeindevorsteher ein Fehlbetrag von 595 Mark festgestellt ist; es wird aber festgestellt, daß er Zinsen dabei nicht mitberechnet hat. Ueber die Abrechnungen von 1900 bis 1906 berichtet Herr Borg. Er teilt mit, daß auch hier ein Fehlbetrag von 1939 Mark vorhanden ist. Das Jahr 1902 weist am Schlusse des Jahres nur einen Bestand von 7136 Mark auf, während die Sparkassenbücher am Jahreschlusse 1903 doch einen Bestand von 9075 Mark aufweisen. Während nun die 7136 Mark für 1903 übertragen sind, sind die 1939 Mark, die in den Sparkassenbüchern mehr vorhanden waren, verschwunden. Festzustellen bleibt noch, wieviel Geld die Sparkassenbücher aufweisen, die vom Jahre 1903 bis 1906 abgehoben worden sind. Das ist bisher nicht zu ermitteln gewesen. Die Sparkasse ist aber bereit, Auskunft zu geben, wenn die Nummern der Bücher angegeben werden. Die Gemeindevorstellung beschließt, vorläufig eine Meldung an die vorgelegte Behörde nicht zu machen, sie beauftragt den Ortsvorsteher und die Schöffen, mit dem gewählten Kassierer Herrn Goppel, Rücksprache zu nehmen. In Sachen Klingenberg wird vom Ortsvorsteher mitgeteilt, daß Klingenberg eine Entschädigung nicht zu beanspruchen hat. Der Bedauungsplan des Steinfeldwegs ist einer Kommission übergeben worden. Herrn Fredehns wird für die Aufräumung der Entkommenkeuer-Ritzen eine Gratifikation von 35 Mark gewährt. In der Verleumdungsklage gegen Weite wird vom Ortsvorsteher ein Schreiben des Rechtsanwalts vorgelesen in dem der Wunsch ausgedrückt wird, Herrn Weite zu veranlassen, seine Verleumdung zurückzunehmen. Dieses wird abgelehnt. Herr Behrens trägt an, Biederitz mit Gas und Wasser zu versorgen. Die Notwendigkeit begründet Herr Behrens damit, daß es reichen Leuten nicht einfallen wird, in Biederitz Willen und Landhäuser zu bauen, wenn wir kein Gas und Wasser haben, denn die Frauen mögen sich mit Lampenlampen nicht mehr abgeben. Der Ortsvorsteher wird beauftragt, sich wegen Gas mit Magdeburg in Verbindung zu setzen.

Burg, 10. Dezember. (Ein Lichtbilder-Vortrag) findet am Sonnabend abend um „Grand Salon“ statt, nachmittags 4 Uhr ein Lichtbilder-Vortrag für Kinder. Siehe Inserat.

(Zu der Arbeitslosenzählung,) die am Sonntag stattfand, haben sich bereits eine große Anzahl Arbeiter zur Verfügung gestellt. Noch aber reicht ihre Zahl nicht aus, um die Zählung so zu vollziehen, wie sie, soll das Ergebnis ein der Arbeit entsprechendes

sein, notwendigerweise vollzogen werden muß. Vor allen Dingen muß berücksichtigt werden, daß doch nur die Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags zur Zählungsarbeit benutzt werden kann. Je mehr Arbeiter sich also zur Verfügung stellen, desto kürzer wird die „Arbeitszeit“ für den einzelnen, und desto leichter ist es natürlich für den einzelnen. Also auf zur Arbeit, Gewerkschafts- und Parteigenossen! Die Zähler finden sich am Sonntag morgen um 8 Uhr in der „Linde“ zur Empfangnahme der Adressen und der Zählkarten ein.

Große, 10. Dezember. (Eine Volksversammlung) findet am Sonnabend abend im „Ratsstiller“ bei H. Franz statt. Siehe Inserat. Parteigenossen! Sorgt alle, daß sie in Massen besucht wird. Alle Parteigenossen, die dem Volksverein angehören, müssen am Freitag abends 5 Uhr bei R. Heinemann erscheinen; ohne triftigen Entschuldigungsgrund darf keiner fehlen.

Neuhaldensleben, 10. Dezember. (Bibliothek.) Den Gewerkschaften wird zur Kenntnis gebracht, daß die Kartellbibliothek errichtet ist. Die Ausgabe der Bücher erfolgt Sonntags vormittags von 10 bis 12 Uhr im Lokal von Herzog. Nur Mitglieder der dem Kartell angehörenden Gewerkschaften sind zur Entnahme von Büchern berechtigt und müssen sich nötigenfalls als solche legitimieren können.

Pömmelte, 10. Dezember. (Feuerlärm) ertönte am Montag morgen 1/10 Uhr. Bei dem Schuhmachermeister Karl Köber war in dem an die Küche angrenzenden durch Brandmauer getrennten Stalle Feuer ausgebrochen. Da auf dem Stallboden Strohvorräte lagerten, hatte das Feuer reichliche Nahrung, es dauerte auch geraume Zeit, ehe der Brand gelöscht wurde. Verbrannt sind die Fühler sowie ein einziges Wirtschaftsgesäß. Ein Gerächt will wissen, Kinder hätten mit Streichhölzern gespielt.

(Mißstände.) Am Sonnabend fehlte bei der Lohnzahlung einigen Arbeitern der Grube Neue Hoffnung Geld, d. h. es wurde ihnen zu wenig ausbezahlt. Unter andern erhielt der Arbeiter Eduard St. 17 Mark zu wenig, allerdings nur aus Versehen. In leicht begreiflicher Aufregung beschwerten sich die Arbeiter darüber; der Arbeiter St. erklärte, nicht eher anzuhören zu wollen, bis die Sache geregelt wäre, und meldete sich für den Sonnabend bei seinem Betriebsführer ab. Am Montag wurde ihm vom Betriebsführer gekündigt. Auch dem Betriebsführer würde es jedenfalls nicht gefallen, wenn ihm an seinem Gehalt ein beträchtlicher Teil fehlen würde. Anstatt sich der Organisation anzuschließen, suchen sich einige Arbeiter dadurch die Gunst ihrer Vorgesetzten zu erlangen, daß sie ihnen in der Kantine Bier, Bratlinge usw. bezahlen. Ob dieses der Direktion bekannt ist, wissen wir nicht.

Salzwedel, 10. Dezember. (Ein Zwischenfall.) Am Dienstag geleiteten die Genossen einen alten Kämpfer zu Grabe und der Sozialdemokratische Verein hatte einen Kranz mit roter Schleife gespendet. Um den amtierenden Gespächten, Pastor Kögel, nicht in seinen Gefühlen zu verletzen, hielten sich die Genossen in einiger Entfernung von der Gruft, solange der Gespächte amtierte. Erst als dieser den Heimweg antrat, trat der Kranzträger vor und legte mit einigen Worten der Widmung den Kranz nieder. Das zurückhaltende, lakonische Benehmen der Genossen wurde vom Pastor Kögel wenig gewürdigt. Als er seinen Genossen sprechen hörte, machte er sich und fragte den Friedhofswächter in erregtem Tone: „Habe ich nicht eben sprechen gehört?“ und er richtete nach dem Namen des „Redners“. Das machte unter den Verdächtigsten berechtigtes Aufsehen. Denn wenn auch auf dem Friedhof das „Rednen“ für Laien verboten ist, so meinte man doch, daß es einem Gespächten nicht anstünde, Forderungen anzustellen, die vielleicht Strafverfolgung, Gerichtsverhandlungen und andre Unannehmlichkeiten im Gefolge haben. Seiner Kirche hat der Pastor ohne Zweifel einen sehr schicklichen Dienst erwiesen. Diese Unbilligkeit wird zur Folge haben, daß eine Anzahl Personen der Kirche den Rücken kehren. Und das wäre schließlich ein Erfolg, der zu begrüßen ist.

Schönebeck, 10. Dezember. (Die zweite Arbeitslosen-Versammlung) fand am Montag vormittags 11 Uhr im „Stadtpark“ statt. Der Magistrat war zu dieser Versammlung eingeladen. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells hatte folgendes Schreiben erhalten:

Der Magistrat
der Stadt Schönebeck a. S.
Schönebeck, den 4. Dezember 1908.

„Auf Ihr Schreiben vom 1. d. M. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß die von Ihnen in der Zeitung veröffentlichte Tagesordnung dem Magistrat keine Veranlassung gibt, Ihrer Versammlung beizuwohnen.“

Das Thema lautete: „Die Antwort des Magistrats auf die Eingabe des Gewerkschaftskartells betr. Arbeitslosigkeit.“ Referent war Genosse Otto Bremer und er verpflüchte die Antwort des Magistrats in dem Sinne, wie es schon in der Donnerstagsnummer der „Volksstimme“ geschehen ist. Bemerkenswert ist, daß Herr Bürgermeister Schaumburg von einem Notstand nichts weiß, während die Frau Bürgermeisterin einen Ausruj um milde Gaben unterzeichnet, damit die Not in Schönebeck gelindert werden könne. Der schlecht unterrichtete Bürgermeister sollte also bei der besser unterrichteten Bürgermeisterin Informationen einziehen. Weiter kritisierte der Redner scharf die Interessenpolitik der Besitzenden auf dem Rathaus und führte einige markante Beispiele dafür an. Im nächsten Jahre finden die Stadtverordnetenwahlen wieder statt, da müssen wir Mann für Mann an die Urne gehen und unsere Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie geben, damit es uns gelingt, einen Hecht in den Karpfenteich hineinzubringen. Die Arbeitslosen sollen sich Mann für Mann auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 4, melden, denn dadurch, daß sie sich alle melden, zwingen sie den Magistrat, so bald wie möglich Notstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Sind doch, nach Aussage des Bürgermeisters, genug Arbeiten vorhanden. — Der Saal im „Stadtpark“ war vollbesetzt. Danach hat die Arbeitslosigkeit noch nicht abgenommen, eher hat sich die Zahl der Arbeitslosen vermehrt.

Stassfurt, 10. Dezember. (Das schöne Resultat.) das unsere Genossen in Aschersleben bei der Stadtverordnetenwahl erzielt haben, hat bei den hiesigen Genossen große Freude hervorgerufen und einen tiefen Eindruck auf sie gemacht. Es wird ihnen ein Ausposten sein, in der nächsten Woche nicht zu weit hinter Aschersleben zurückzubleiben. Herr Dr. Weiß hat über seinem Lager die „haatserhaltende“ Plagge gehißt; um so mehr Vergnügen bereitet uns dieser Kampf.

Thale, 10. Dezember. (Lichtbilder-Vortrag.) Der Bildungsausschuß hat einem vielseitigen Wunsch und Bedürfnis der Arbeiterchaft mit dem Vortrag Rechnung getragen. Fastet auch die Krise schwer auf einem großen Teile der Arbeiterchaft, und ist es deshalb manchem nicht möglich, den geringsten Beitrag hierfür auszugeben, so muß es doppelt Pflicht derer sein, denen es ihre Verhältnisse gestatten, sich zu beteiligen. Alles Nähere im Inserat. Auch den Genossen der umliegenden Ortschaften empfehlen wir den Besuch dieses Vortrags.

(Einen außergewöhnlich starken Besuch) hatte am Dienstag das Kurhaus aufzuweisen. Die Zusammenkunft des Publikums war eine andre wie sonst. Der ganze Saal war mit wenigen Ausnahmen von der Arbeiterchaft dicht besetzt. Die Auführung des sozialen Dramas „Ausgewiesen“ fand eine aufmerksame Zuhörerchaft und die Direktion erteilte für ihre vorzüglichen Leistungen großen Beifall. Mit einem Fehler ist allerdings der sonst gut gebaute Saal behaftet, die Akustik ist schlecht. Dazu kam noch, daß in der anliegenden Kegelbahn während des Spiels getelegt wurde. Bei einer spätern Vorstellung dürfte wohl der Wirt so freundlich sein und die Herren Kegler veranlassen, ihre Arbeit einzustellen.

Wanzleben, 10. Dezember. (Ein Verbrechen?) Hier laufen Gerüchte um, denen zufolge der Zeitungsbote Heinrich Weber einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein soll. Bei der ärztlichen Untersuchung wurden mehrere Wunden am Arm entdeckt. Man neigt daraufhin zu der Annahme, daß Weber mit einem Schlagstein ermordet worden ist. Vielleicht, weil der Täter vermutete, daß Weber einen größeren Geldbetrag bei sich führte. Eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft in Magdeburg ist eingeleitet worden.

Magdeburger Adressbuch



1909

ist erschienen

und wird in unserer Expedition, Fürstenwallstraße 11, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl,
Deutsche Adressbuch-Gesellschaft m. b. H.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 290.

Magdeburg, Freitag den 11. Dezember 1908.

19. Jahrgang.

In der Kinderstube des Reichums.

Wie einfach war es doch für unsre Vorfahren, wenn sie vor die Frage gestellt wurden, was für ihre Kinder als Spielzeug am geeignetsten sei. Sie brauchten nicht lange darüber nachzudenken, denn vor einem Jahrhundert und früher gab es nicht viele Dinge, die als Unterhaltungsmittel für Kinder in Betracht kommen konnten. Zunächst mußten sie diese damit begnügen, sich selbst Spielzeug herzustellen, denn damals gab es noch keine Spielwarenfabriken wie heute und auch die Mannigfaltigkeit der nun erzeugten Spielwaren würde unsre Großväter überraschen.

Puppen, Miniaturzimmer-Einrichtungen, Wagen und Pferde, auch Spielzeug mit Bildern standen den Kindern schon vor hundert Jahren zur Verfügung. Die Einführung der Technik brachte aber den modernen Kindern eine solche Fülle von Beschäftigungsmitteln, daß die Wahl immer schwerer fällt, daraus das Geeignetste herauszufinden.

Immer wieder tauchen Neuerungen auf, die sich technische Errungenschaften zum Vorbild nehmen. Auch in der letzten Zeit gab es wieder mehrere Neuheiten auf dem Spielwarenmarkt. Besonders die Erfolge auf dem Gebiet der Flugtechnik regten die Spielwarenindustrie an, Neuheiten zu schaffen, die ein Bild der Wirklichkeit im kleinen vorzuführen sollten. Zunächst ist dieses aber Spielzeug der primitivsten Art, obwohl es vielleicht lohnend wäre, bessere Dinge zu schaffen, als man gegenwärtig auf dem Spielwarenmarkt findet.

Unter den Spielwaren aus dem Gebiet der Flugtechnik sind besonders zwei Neuheiten zu erwähnen: Eine Luftschiffle, den „Lebendigen“ nachgebildet, die an Schnüren aufgehängt werden. Zieht man das Uhrwerk an, dann hirt der kleine Motor, rotieren die Schrauben und preisgeschwind bewegt sich das leibliche Luftschiff im Kreis, durch die Aufhängeschnüre gehalten. Nach einigen Minuten wird keine Bahn mehr, bis die Federkraft nachläßt und das Fahrzeug an den Tragseilen herabhangt. Darüber gibt es nur zwei solcher Modelle, die sehr billig sind und in einem Längenausmaß von 15 Zentimetern ausgeführt werden. Eines dieser Luftschiffe ist aus Metall, mit Uhrwerk ausgestattet; das andre aus Papier und Leinwand, mit einer Schraube versehen, die gedreht wird und dadurch eine Gummirolle spannt. Dies ist nach dem Zusammenbau die Schraube in Umdrehung und das Fahrzeug in Bewegung. Es sind nur ganz primitive Spielwaren, die auf solche Art das Interesse an der Ausführung physikalischer Experimente nicht zu befriedigen vermögen.

Auch ein Ballonringelspiel existiert im Handel. Die üblichen Wagen und Pferde sind dabei durch kleine Ventilatoren ersetzt, die an Stangen schraubenförmig sind und sich um eine gemeinsame Achse drehen. Unter den

Ballonringelwaren ist dieses Ding das bedeutungsvollste und nach seiner Ausführung nur für die kleinsten Kinder berechnet. Als Spielzeug hat es gegenüber den seit einigen Jahren in den Spielwarenhandlungen verkauften Flugschrauben den Vorzug, ungefährlich zu sein. Diese bestehen aus einer Spirale aus Draht, an der ein Blechflügelradchen angebracht wird. Schnell man dieses in die Höhe, dann steigt es hoch empor, um nicht selten in das Gesicht des Experimentierenden zurückzufallen. Vor dem Gebrauch dieses Spielzeugs in geschlossenen Räumen kann nicht genug gewarnt werden, weil dadurch schon manches Unheil geschah.

Als ersterer Gegenstand ist das Flugmaschinenmodell anzusehen, das eine Hamburger Firma zu Verjüngungszwecken seit einigen Monaten in den Handel bringt. Es ist 150 Zentimeter lang und ebenfalls breit. Eine Reihe von Vorrichtungen und die Wanddünnauslösung erlauben es, diesen Verjüngungsapparat bis über Türhöhe emporsteigen zu lassen.

Die mannigfachen modernen Verkehrsmittel, zu denen ja nicht nur die Luftschiffe auch die elektrischen Bahnen gehören, erwecken stets das allgemeine Interesse. Besonders die Kinder freuen sich, denn „Eisenbahn“ möchte jedes Kind heißen und der Gründungsgeist des Kindes macht da alles zur Lokomotive und zum Waggon, wenn die Luft am Eisenbahnmodell nicht durch entweichendes Spielzeug vertrieben werden kann. Aber solches Spielzeug gibt es heute in allen Preislagen in Menge. Zunächst, das richtige Spielzeug wieder Geld, und zwar viel Geld. Bisher waren die mit Uhrwerk betriebenen Waggon-Modelle immer mehr im Günstigen und nun gibt es freie elektrische Bahnen, die jedes Kinderherz schneller schlagen lassen. Wenn die kleinen Wägelchen unvermeidlich von einer unmerklichen Kraft bewegt, auf den drei Schienen dahinrollen, von denen zwei nur die Waggonführung, eine der Stromleitung dienen. Schon an dem Führerwagen die leuchtende elektrische Lampe, dann der Anhängerwagen mit dem elektrischen Licht im Innern, eventuell eine große elektrische Lokomotive mit Tenderwagen voran; kann es für Kinder höherer Altersstufen etwas mehr Begehrtes geben als diese modernen Bahnen, die für Schwachsinn- und für Starksinnsbetrieb in den Handel gelangen? Diese können an die Beleuchtungsanlagen gekoppelt werden, wo eben solche vorhanden sind. Solche elektrischen Lokomotiven kosten mit drei Anhängern bis 100 Mark; wesentlich billiger sind die elektrischenzüge, die mit Elementen betrieben werden können. Aber wenn sie auch schon von 16 Mark an erhältlich sind, allerdings ohne die Elemente, die zum Anschluß eine weitere Ausgabe von 12 Mark erfordern, so sind diese Spielzeuge doch auch wieder nur den Kindern der beherrschten Klasse zugänglich. Doch noch weiter leben die elektrischen Straßenbahnen aus, die aus einem Führer und einem Schwagen

bestehen und auf den einen Kreis bildenden Schienen im Gang gebracht werden.

In diesen elektrischen Bahnen gibt es verschiedenartige Lokomotiven, solche in der Art der mit Dampf betriebenen Maschinen und auch getreue Nachbildungen der Zugmaschinen für elektrische Schnellbahnen. Auch Wagen elektrischer Untergrundbahnen können in den Spielwarenhandel. Dank ihrer besonderen Betriebs-einrichtung durch Stromwender können sie zum Vorwärts- und Zurückfahren veranlaßt werden. Auf diesem Gebiet kann man nur noch wenig Verbesserungen wünschen, denn hier stellt die Nürnberger Spielwarenindustrie, der diese Fabrikate entstammen, gleichen Schritt mit den Errungenschaften der Technik: Signale und Weichen, Schaltvorrichtungen und alle Dinge, die zum Bahnbetrieb gehören, kann man bei dieser Miniaturbahn betreiben.

Doch es sind an allen Arten von Automobilen nicht fehlt, in selbstverständlicher. Sie werden sämtlich mit Uhrwerk betrieben und sind im Aufbau genau den Motorwagen nachgebildet, die nur immer häufiger im Straßenbild auftauchen. Außer den Klein- und Tourenwagenarten sind nun auch schon Sportautomobile erhältlich. Je nach der Ausführung schwankt der Preis dieser kleinen Motorwagen zwischen 2 und 21 Mark. Sie können nur als Spielzeug angesehen werden, ohne daß ihnen eine Bedeutung als Lebensmittel zukommt wie andern technischen Spielzeugen, etwa den Experimentierkasten über Optik, Wärmelehre, Galvanismus, Physik und andre, die eine Menge kleiner Vorrichtungen enthalten, mit denen die Schüler Experimente ausführen und Apparate zusammensetzen können. Besonders reichhaltig ist die Kollektion von Nebengeräten für Aufblasmaschinen in den letzten Jahren geworden, so daß der elektrische Experimentator nicht mehr weiß, was er daraus zuerst wählen soll, denn es gibt darunter so viele schöne Sachen wie kaum in einer andern Gruppe technischer Spielzeuge. Solche Spielwaren sind die Zentimeter oder Zentimeter und Mittelstücke und sie gewinnen damit zugleich brauchbare Lehrmittel; aber trotzdem, wie wenigen Vätern und Müttern ist es gegönnt, diese Schnuckeln zu kaufen.

In den letzten Jahren wurden auch Röntgenröhren fabriziert, die nicht wie gewöhnlich leer sind, sondern Blauen und künstliche Schneetterlinge enthalten, die dem elektrischen Strom ausgesetzt, in den prächtigsten Farben leuchten und Leben vorführen. Welches Kind langte nicht danach? Gar erst die Kinematographen mit winzigen Bildern, die an den Winterabenden zur allgemeinen Belustigung auf Leinwandflächen projiziert werden können. Erste und kostbare Darstellungen gibt es dafür in reichlicher Menge, aber nicht in der naturgroßen Ausmaße wie in den Kinematographentheatern. Dazu sind die kleinen Apparate auch nicht gemacht. Nur 10 bis 27 Mark kann man schon einen kleinen Apparat für lebende Bilder erhalten, der als Kinderstube der Nachfolger

Feuilleton.

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.

Roman von Jonas Lie.

(12. Fortsetzung.)

Einerseits jagen an Wieg vorüber — neue Welten, neue gezeichnete Gesichter — neue Bekanntschaften.

Wie in einem Goldtraum sah er sich umher vor einem so sinnlos heraus in seinen unter einer Laternenhülle, während das Wasser ihm über den Rücken schabte.

Ja — ja — man kann ungemein tiefe politische Visionen unter einer Laternenhülle. Man bekommt sonstigen einen vorurteilfreien Blick auf das Leben.

Er schämte sich plötzlich nachdenklich.

„Kann ich es nicht — auch nicht Wieg —“ murmelte er. Seine Aufmerksamkeit war durch ein Papierenes, ein flatterndes Bild mit heißem, dampfendem Wasser geweckt worden, das der Verkäufer eben für einen Papiergeherem brachte.

„Was zum Teufel geht's dir an?“ dachte er wenig.

„Freilich — der General —“

— eigentlich müßte man doch etwas Zerstören, wenn man da alles andre einem so gründlich erschließen will. — Wo keine die wohl Salon!

„Dagobert — es ist übrigens!“ dachte er, indem er seine neue den Tisch einlegte.

„Aber wie gelangt — was geht das dir — und deinem neuen Menschen an, Mathias Wieg?“

Oben trat Wangenheim in die Tür und sah sich im Zwielicht um — nach ihm, nach rechts.

Mathias Wieg tat, als hätte er sich, bis Wangenheim wieder verschwand.

„— irgend etwas ergreifen — im Reiche der Ideen Anker werfen —“ war es nicht so? Sagte er nicht so? Man trinkt aber, weil man durstig ist — und nicht vernünftiger des Argument. Man freilich hilft das Wort — ein vollendetes Schlagwort heranzuführen und hebt ihn über die Bekümmerten der Erde hinweg — dem ist wie ein wolkentragender Werra in seine Rede. — Es gibt Natur, die das Wort füttert.“

Der Puritaner drückte gerade sein Glas aus und ging.

„Nein ja — warum soll man sich nicht nach strecken dies namhafte, höhere Tadeln erheben und erkennen? Sie sind im Augenblick ein Himmelreich geschaffen?“

Es mußte danken raubes Wortlein — mehr und mehr Zerstört mit Wägen erdrücken in den Rauchkammern. Mit diese herrlichen Wägen und der warmen Wohlstand, der da hin und her getragen wurde — wieder und wieder —

Wangenheim, wie sein Gesicht durch die Enthüllung der Wahrheit war. Er wachte Entschlossenheit erkennen er wachte, was gebracht wurde. Dies letzte Wort war: „Wieg!“

Er wachte eine Haare, was sie zur Hälfte angraben fort und heute hat eine neue an — was sie wieder fort — und heute wieder eine an.

Die Tischplatte verdammt in dem Moment, da er seinen das elektrische Licht und zog zur halb offenen Tür hinaus.

Wieg wanderte, heute über den Wiegengang, schritt: ja! Was aus und her vor.

Da fanden wieder Klagen.

Er ging und trübte die Gitter.

Eine seltene Angst überkam ihn — daß er zum dem Wägen hinauf.

„— wer doch jetzt bestank wär!“ murmelte er.

Hochlich schüttete er her auf.

„Wenn nur ein einziges Glas zwischen dem Wägen und dem Wägen und der herabgehenden Melancholie her!“

Eigentümlich ist es so von betrunkenen Wein Freund! Du hast ganz still und schon gelesen und die von Trankweindunst gezogen.

Als ob du das nicht müßtest, du alter Feindler, zum Teufel — abgemacht!“

Er rief nach einem Metller.

— so seltsam ist zwei Klagen mit einer Klage — zwei Lebensklagen mit einem Streife!“

Der Metller kam.

„Metller — ein Glas — ein Glas —“ er hielt mit einer blöcklichen, gewalttätigen Anstrengung inne — „ein Glas Eiswasser — ein großes Glas!“

Draußen vor der Tür — im Wehen des Windes nahm er es in Empfang und leerte es auf einen Zug.

Dritter Tag.

Es war früh am Morgen.

Die Verdächtige wurden gefest und gesichert und abzählt.

Verzerrte Herren in Heberleben mit bis über die Dauen aufgefakelten tragen wanderten umher, rauchten ihre Zigarre und schlürften ihren Morgenkaffee. Wenn sie sich dem geistlichen Treiben näherten, wurden sie mit einem ehrerbietigen: „Entschuldigung!“ empfangen, gefolgt von Zerwürfen und lächerlichen Umarmungen, die auf nicht mehr zu ersehende Weise „Aus dem Wege!“ riefen. Sie und da über die Verdächtige schreien hundert kleine Gruppen von warm gekleideten Herren und Damen, die einmal einen Sonnenaufgang auf See erleben wollten.

Die große Menge war es vor, so lange wie möglich in ihren Reihen zu bleiben.

Einige Damen hatten weder im Himmel noch Meer, verheeren sie gänzlich abschließen gegen beides, lagen und schlugen ihre Zedertischen und erkundigten sich aus ihren Augen heraus schlaftrunken nach dem Stande der Unternehmung.

Mathias Wieg wanderte auf dem Wiegdeck umher, und war in einer ihm selbst höchst überraschenden Laune. Obwohl er noch war er in seiner Niedergelassenheit zu Bett gegangen als einer, dessen ganze Zukunftshoffnung erledigt war.

Was war eine leere Tede — nach der Begegnung mit Eten?

Und heute — was es nicht, als ob ihm etwas Freudiges vorher wäre!

„Dagobert — Mathias Wieg hat doch wieder so etwas wie ein böses Madarot!“

Er hatte einem Stöße handgehalten — einer Fraue — hatte im Alkoholismus gelegen wie im ästhetischen Feuer — und war unversehrt daraus hervorgegangen.

Sein Atem ging so wunderbar leicht — er kam sich vor wie der Vogel Strank — in schwingendem Laufe — voller Lust zu fliegen!

Und dabei mußte er, daß Eten mit ihm auf derselben Planke war.

— ist einem erst der Schickel an der Selbstüberwindung gekommen — dann — — — In Anfang ist es allerdings hart genug gegangen!“

Metil Borg hatte ebenfalls den Gedanken gehabt, den Sonnenaufgang mitzuerleben, und benutzte dies zu einer Begegnung mit Wieg Nordland.

(Fortsetzung folgt.)

Haltet ihn fest! Burg



den Gedanken, dass Sie tatsächlich am vorteilhaftesten
Uhren, Ketten, Ringe, Armbänder,
Kolliers, Manschettenknöpfe
kaufen bei
Otto Deicke
Uhrmacher, Breiteweg 52.

Anerkannt wird überall mein grosses Lager moderner gold. Damen-Uhren und -Ketten bei billigster Preisstellung und langjähriger, streng reeller Garantie. 2373

Trauringe nach Mass. Trauringe nach Mass.

Bei Weihnachts-Einkäufen gewähre in diesem Jahre volle 10 Prozent Rabatt auf alle Waren.

Burg Heinrich Reinecke Markt 13

empfehlte seine 2527
Schuhwaren
zu billigen, streng festen Preisen
- Reparaturen schnell, sauber und billig -

Echt silberne Schweizer Uhren, 2 goldbränd. 5.50 Mt., 3 Jahre Garantie. Dreieckstrasse 10, part. 2441

heute Freitag frische Wurst, Sonnabend und Sonntag Knoblauchwurst, F. Brottschneider.

Wilh. Delor

Magdeburg - Neustadt, Am Friedrichsplatz
empfehlte als Weihnachtsgeschenke:
Nächtische, Luthertische, Wiener Sessel, Bordbretter und andre Sachen zu allerbilligsten Preisen 10 Prozent billiger.
Sarglager in allen Größen, schnellste Lieferung.

Große Münzstraße 14

gibt es
feine hohen Fleischpreise!
Infolge ganz bedeutender Zufuhr kommen heute Freitag u. morgen Sonnabend ca.
3000 Pfd. Pa. Rindfleisch
zu noch nie dagewesenen
Ausnahme-Preisen
zum Verkauf.

Bratenstücke	ein Preis!	60	Keine höheren Preise!
Roastbeef	à Pfund	60	
Kammstücke			
Suppenfleisch	à Pfd.	50	Rouladen Pfd. 80 Pf.
Rinderbrust			Filet . . Pfd. 85 Pf.

ff. Kalb- u. Schweinefl. zu bekannt allerbilligsten Preisen
Pa. Bratwurst à Pfd. 80 Pf., bei 5 Pfd. nur 75 Pf.

A. Bosse, Große Münzstraße 14




Empfehle meine
Hausschlachte-Wurstwaren.
Jeden Donnerstag:
FrISCHE WURST.
Täglich frisches Schweinefleisch-Gebacktes
Sonnabend ff. Knoblauchwurst u. Jauersche.
J. Martens 1422
M.-Neustadt, Lübecker Strasse 99a.



P. Pätzkuhl
Lübeckstr. 129.
Hüte, Hüte, Schürze, Handsch., Wäsche, Cravatt., Rosensträger, Stöcke etc.

Buckau, 2369

Gegr. 1847 Gegr. 1847
Schuhwarenhaus
W. Brandt
Ecke Gärtnerstrasse.
Ausnahme-Preise
selten billig bis Weihnachten.
Herren- und Damenstiefel 10 Prozent Rabatt.
Filzwaren nur beste Fabrikate.



Empfehle täglich frisch aus dem Reich
echte Kieler Bücklinge
Aale, Stör, Dorsch und Lachs
sowie Neijenauswahl darzu.
Bekannt billigste Bezugsquelle für
Restaurateure und Wiederverkäufer.
In nur allerfeinsten Qualitäten
Grätheringe, Kollmops
Hismarckheringe, Stralsunder
Aalbriken, russische Sardinen.
Fisch-Großhandlung
Aug. Richter
Magdeburg, Breiteweg 89/90
Fernruf 2953. 2479
Prämiiert Kochkunstausstellung 1907.

Wäsche, Betten

neue Taschemehren, neue
Dubletten, Damennhrketten,
Ringe, Kleidungsstücke, Frei-
schwinger, Wandbilder,
Zithern, Stühle
von den antiken billigst im
1998 **Pfandhaus**
Max Haacke
Sudenburg, Kroatentweg 18,
zu verkaufen.

Gross-Salze.

Ernst Knopf
Schuhmacher 2633
Magdeburger Straße 46
empfehlte sich den geehrten Parteige-
nossen und Gewerkschaftscollegen.

Jeden Freitag alle Sorten
fr. Fluß- und Seefische.
Jeden Sonnabend
Gänse 2503
Hasen, Kaninchen
zu billigsten Tagespreisen.
Meta Lange, Sudenburg
Galberstädter Straße Nr. 40.

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgegend

E. G. m. b. H.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest empfehlen wir:

Sämtliche Backartikel gut und billigst.	Baumbehang In Schokolade, Zucker und Biskuits.
Gemüse- und Früchte- Konserven.	Präsent-Zigarren.
Gänse-Pökelfleisch.	Mischobst sehr schöne Zusammenstellung.

Wöchentlich größere Eingänge von
feinsten Bücklingen
wirklich preiswert.
Neu aufgenommen:
Braunschweiger Mumme
geringer Zusatz zu Bier, Milch usw.
gibt ein sehr angenehmes, gesundes Getränk.

FrISCHE Tafel-Aepfel

ausgezeichnet süß, das Pfund 16 Pf.

FrISCHE geröstete Kaffees

aus unserer eignen Rösterei
das Pfund 1.00, 1.20, 1.40, 1.70 Mt.

Sämtliche Lager sind geöffnet!
am Sonntag den 13. Dezember
:: mittags von 11 bis 2 Uhr ::

Burg 2643 Burg

Weihnachtsbäume
empfehle **Hermann Scheel**
Verkauf: Berthler Chaussee 1a.

**Solide Haus- und
Küchengeräte
Lampen**
mit vorzügl. Brennern
äußerst preiswert.
Sämtliche Ersatz-
teile einzeln.
Otto Janoschek
vorm. C. Marquardt
Gr. Jaukerstr. 6a
der „Dudauer Bier-
halle“ gegenüber.

Nur bis Weihnachten!

Eine wenig gebräuchte gute
Wirtschaft muß bis Weihnachten
verkauft sein: sie besteht aus 2 Hür-
kleiderbüchsen, Vertico, Ausziehtisch,
Sofatisch, 4 Stühlen, Plüschsofa,
Pfeilerbüchsen, 1 Spiegel, 2 Bett-
stellen mit Matr. und vollst. guten
Federbetten, Küchenschrank, Uhrsch-
ränken, Bildern, Teppichen u.
Küchenschalen für 250 Mt. Außer-
dem sind noch 2 gebrauchte Beistellen
mit guten Matrasen à 25 Mt.,
1 Kleiderbüchsen 25 Mt., 1 Plüsch-
sofa 40 Mt., 1 großartig schöne,
grüne Muschelgarnitur für den Spott-
preis von 125 Mt. zu haben. 2599

Lorenz

Peterstrasse 17.
Wollen Sie sich
für wenig Geld modern kleiden,
dann veräumen Sie nicht noch bis
Weihnachten einen Anzug oder
Heberzieher zu bestellen. Ver-
langen Sie einen kostenfreien Besuch
Anzüge von 35.00 Mt. an,
Heberzieher v. 30.00 Mt. an.
Bequeme Zahlungsweise. 1085
Offert. unt. A. B. an die Expedition
der „Volkstimme“, Gr. Münzstr. 3.

Kalb- und Hammelfleisch billiger!

Freitag, Sonnabend und Sonntag verkaufe zu nachstehenden
billigen Preisen:
Kalbfleisch à Pfd. 50-60 Pf., Hammelfleisch à Pfd. 50-60 Pf.,
Rindfleisch à Pfd. 50, 60 und 70 Pf., Schweinefleisch, Rind-
Schinken, Bauch à Pfd. 75 Pf., ff. Rottwurst, Leberwurst, Sülze
à Pfd. 70 Pf., geschnitt. Rind- u. Schweinefleisch à Pfd. 70 Pf.

Theodor Berkholz, 17 Fischlerstrasse 17
3. Haus v. d. Jalousie.

Heute Freitag und morgen Sonnabend:

Ausnahme-Preise

für blutfrisches Wild.
Birka 2000 Pfund frisches Wildfleisch
zum Braten, fast ohne Knochen
à Pfund nur 50-55 Pfg.

Wildgamsfleisch à Pfd. 25 Pf., Rehbrust, Rehbals à Pfd. 30 Pf.,
Rehrücken, Rehkeulen, Rehblätzer . . . à Pfd. von 70 Pf. an
Bartes Wildschwein . . . à Pfd. von 30 Pf. an
Fasengetroße - Fasentänzer - Fasanen.

Große frISCHE Buschhasen

der große Braten v. 2.20 Mt. an, kl. Braten v. 1.00 Mt. an.
Prima junge Gänse à Pfd. 65-68 Pf.
Trotz höherer Viehpreise
Kalb- und Hammelfleisch billig!!!

Keulen	} à Pfd. 50 Pf.	Brust
Rücken		à Pfund von
Nierenstück		45 an

Prima Ochsenfleisch à Pfd. 50-75 Pf.
Prima Schweinefleisch à Pfd. 45-75 Pf.
R. Bosse, Gr. Marktstraße 20.

werden. Der rechnerische Ueberfluß beläuft sich auf 61 100 Mk., gegen 39 300 Mk. im Jahre 1908. Die Ein- und Ausgaben des Staates werden mit rund 45 000 Mk. beziffert. Für die städtischen Bäckereien in der Südburg, Wilhelmshafen, der Nordfrontbäckerei und der Hauptbäckerei macht sich ein Zuschuß von 34 760 Mk. notwendig. Da neben den Ausgaben von 41 115 Mk. nur 6355 Mk. Einnahmen zu verzeichnen sind. Der Etat der Gartenverwaltung schließt mit einer Ausgabe von 228 100 Mk. und einer Einnahme von 111 400 Mk. ab. Der Zuschuß beträgt somit 116 700 Mk. Für den Schlauchhof beträgt die Einnahme 428 650 Mk. und die Ausgabe 353 650 Mk., mithin ein Ueberfluß von rund 75 000 Mk. Beim Viehhof beträgt der Ueberfluß bei einer Einnahme von 301 000 Mk. und einer Ausgabe von 284 400 Mk. nur 16 600 Mk. Der Ausgabenetat der Sparkasse beziffert sich auf 99 500 Mk.

Reichspolitik und Liberalismus. Ueber dieses vielbesprochene Thema referierte am Mittwochabend in einer gut besuchten Versammlung des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei im großen Saale des Restaurants Blauer Foch der Schuldirektor und Reichstagsabgeordnete Hermann (Bremen). Redner sprach seine Genugthuung darüber aus, daß durch die Kaiser- und Kanzlerdebatte neues Leben an politischem Gebiete sich wieder bemerkbar gemacht hätte. Es sei die höchste Zeit gewesen, daß es über das persönliche Regiment wie ein kräftiger Novembersturm daher gebläut sei. Als einen großen Fortschritt bezeichnete er den Referent, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, in der Frage der Kanzlerverantwortlichkeit die gemachten Vorschläge zu prüfen. Um das Einverständnis zu schmieden solange es heißt sei, müßten gerade jetzt die Wähler hinter den Abgeordneten stehen und diese immer mehr vorwärts treiben. Seit der Einführung des Posttarifs sei die deutsche Politik eine Interessenpolitik geworden. (Was sie früher auch schon. Ann. d. Red.) Nach dieser Beleuchtung der allgemeinen Lage kam Redner auf die Finanzreform zu sprechen. Gemacht müsse etwas werden, mit dieser Schuldenwirtschaft im Reiche könne es nicht so weitergehen; die Art aber wie die neue Finanzreformvorlage diese Frage zu regeln gedenke, könne nur als im höchsten Grade unglücklich bezeichnet werden. Gegen die steigenden Ausgaben ließe sich beim besten Willen nicht ankämpfen. Gute Panzerschiffe mit guten Kanonen, gute Bewehrung für unsere Soldaten müßten wir haben. Bevor nicht durch Beiträge mit den Nachbarstaaten die Rüstungen eingeschränkt würden, sei an eine Verminderung der Rüstungen nicht zu denken. Von den gesamten neuen Steuerentwürfen sind nur eine verhältnismäßige Spiritussteuer und eventuell die Biersteuer Gnade bei dem Referenten. Die einzige Möglichkeit, aus dem Dalles herauszukommen, erblickt Redner in der — seit langen Jahren von den Sozialdemokraten verlangten — direkten Vermögens- resp. Einkommensteuer. Lauter Beifall ertönte, als Herr Hermann mit Pathos erklärte: „Von Blockstädten lassen wir uns bei der Finanzreform nicht leiten, wir bleiben in wirtschaftlichen Fragen kalt wie eine Hundendeckel.“ (Wer es glaubt, bezahle einen Taler.) Nachdem Herr Hagedorn zum Abonnement auf den „Mitteldeutschen Kurier“ aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen, da eine Diskussion nicht beliebt wurde.

Die Frauenstimmrechtsgruppe des Allgemeinen Frauenvereins vereinigt sich Sonnabend den 12. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Räumen des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte, Breiter Weg 175-78. Neben einem Vortrag über „Den finanziellen Aufbau des Reiches und der Einzelstaaten“ wird über die Generalversammlung des Preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht zu Berlin berichtet werden. Die Gruppe steht nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei, und sind alle Frauen, die politisches Interesse haben, willkommen.

Sturm in der Handelskammer. Wer in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt hat, die hiesigen bürgerlichen Blätter zu lesen, dem müßte die Art und Weise, wie die Agitation zu den soeben vollzogenen Wahlen zur Handelskammer betrieben wurde, auffallen. Auf jeztgenossen Interzaten wurde von der einen Partei aufgefordert, für Herrn Zuchschwerdt und seine Freunde zu stimmen, von der anderen Seite wurde mit dem gleichen Geräusch die Wahl des Bankdirektors von der hiesigen Privatbank, Herrn Moriz Schulte, empfohlen, und dieser als ein Mann geschildert, der eine eigne Meinung und auch ein Rückgrat hätte. Danach hat sich also die Notwendigkeit, Männer mit etwas Rückgrat in die Handelskammer zu wählen, als dringend herausgestellt. Tatsächlich ist man in gewissen Handelskreisen in eine begriffliche Lürne gekommen über das Anwerben des Einflusses, den der Chef des Bank- und Handelshauses W. Zuchschwerdt hier ausübt. Die Macht des Kapitals, das sich in der Hand dieses einzelnen Mannes befindet, läßt die anderen erzittern. Sie befürchten, daß Herr Zuchschwerdt mit noch einigen Vetreuen in nicht wünschenswerter Weise in das Getriebe des Handels und Wandels hier eingreift, und wollen dem berzeten einen Riegel vorschieben. Einige Vorkommnisse auf geschäftlichem Gebiet, wobei die Firma Zuchschwerdt nicht glücklich abgekommen haben soll, gaben den Anstoß zu der Opposition gegen eine Stärkung des Einflusses des Herrn Zuchschwerdt. Bei der am Mittwoch vorgenommenen Wahl machte sich der Geist des Widerstands in deutlicher Weise dahin bemerkbar, daß Herr Zuchschwerdt fast 100 Stimmen weniger erhielt als seine Mitkandidaten und daß an Stelle des Dr.-Ing. R. Wolf der rückgratstarke Moriz Schultegewählt wurde. Was unsere Leser an dieser Sache interessiert, ist die Tatsache, daß man in den kleinen und mittleren Handelskreisen die Macht des Großkapitals nicht bloß fürchtet, sondern auch auf Gegenmaßnahmen zu fassen beginnt.

Das neue Magdeburger Adressbuch ist erschienen und kann von allen Vorbestellern von heute an bis einschließlich Montag den 14. d. M., vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, in der Expedition (Mühlentwalle 11) gegen Anshändigung der ihnen zugesetzten Legitimationskarte zum Vorbestellpreise von 6 Mark in Empfang genommen werden. Am Dienstag den 15. d. M. beginnt die Zustellung der bis dahin nicht abgeholten Exemplare gegen eine Zustellungsgebühr von 10 Pfennig pro Exemplar durch besondere Boten. Der Jahrgang 1909 des Magdeburger Adressbuchs erscheint in völlig neuer Ausstattung und mit wesentlich reichlicherem Inhalt. Eine eingehende Chronik der Geschichte unserer Stadt aus der Feder des Hgl. Archivars Herrn Dr. Siebe wird dem Werke bleibenden Wert sichern. Im Verzeichnis der Straßen und Häuser ist nunmehr jeder Straße ein Situationsplan vorangestellt, so daß die Orientierung über Lage der Grundstücke in der Straße mit ihren Querstraßen überall erleichtert wird. Neu ist auch ein Verzeichnis sämtlicher im Handelsregister eingetragener Firmen, Zonenartikeln sowie ein alphabetisches Verzeichnis der zum Landgerichtsbezirk Magdeburg gehörigen Amtsgerichte und Gerichte. Die Benutzung des Adressbuchs wird bedeutend erleichtert durch das am Eingang abgedruckte ausführliche Sachregister. Jedem Exemplar liegt als Gratisbeigabe ein großer Verkehrsplan der Stadt Magdeburg und Umgebung bei.

Bevölkerungsbewegung. In der Woche vom 22. bis 28. November betrug die Zahl der Lebendgeborenen 55 männliche, 45 weibliche, zusammen 100; Gestorbene 49 männliche, 33 weibliche, zusammen 82; innerhalb der Stadt Umgezogene (nach den Zugangsmeldungen) 273 männliche, 263 weibliche, zusammen 536; von auswärts Zugezogene 308 männliche, 215 weibliche, zusammen 521; nach auswärts Fortgezogene 259 männliche, 184 weibliche, zusammen 443; mit unbekanntem Ziele Fortgezogene 124 männliche, 81 weibliche, zusammen 188; Ehegeschlossene 38.

Falsche Zweimarkstücke. Zurzeit sind in verschiedenen Städten falsche Zweimarkstücke aufgetaucht, die sämtlich auf denselben Ursprungsort hindeuten. Vor Annahme dieser Münzen ist daher eine Prüfung notwendig.

Gegen die Detektivgeschichten, sei es in Form von Büchern, sei es durch Vorführungen des Kinetographen, geht jetzt die württembergische Regierung vor. Durch die tatsächlich aufbringliche Art, mit der diese sogenannten Detektivgeschichten den Schülern der diversen Schulen aufgehaßt werden, hat sich das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens veranlaßt gesehen, die Polizeibehörden aufzufordern, gegen diesen Unfug vorzugehen. Den Schülern soll der Besuch der Kinetographischen Vorführungen, in denen derartige geschmacklose Darstellungen gezeigt werden, untersagt werden. In Norddeutschland könnte ein Vorgehen auf diesem Gebiete auch nichts schaden.

Grober Unfug. In der Nacht zum Donnerstag 4.10 Uhr wurde der Feuermelder Kleine Diesdorer Straße 3 von unbefugtem Hand gezogen. Der Täter konnte leider nicht ermittelt werden.

Ein Kellerbrand entstand am Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr Kaiserstraße 19/19 vermutlich durch Bersten eines brennenden Streichholzes in ein Kellerloch. Es lagerten sehr viel trockenes Laub und Ähren dortselbst, wodurch das Feuer sich schnell entwickeln konnte. Durch Vornahme einer Schlauchlinie von der Gaspritze konnte das Feuer gelöscht werden.

Nicht identisch. Der Friseur Fritz Kaiser, Johannisberg 11, ersucht uns mitzuteilen, daß er mit dem Friseur Kaiser, der in den Gewerbeverzeichnis vom 26. November d. J. vermeldet war, worüber wir in Nummer 281 der „Volkstimme“ berichteten, nicht identisch ist.

Aus den Theaterbüros wird uns geschrieben: **Stadttheater.** Die am Freitag stattfindende Aufführung von „Lohengrin“ beginnt bereits um 7 Uhr. Am Sonnabend und Sonntag wird das Weihnachtsmärchen Fahrt zum Christkind als Nachmittags-Vorstellung gegeben; die Preise für diesen Weihnachts-Vorstellungen sind wesentlich ermäßigt. Der Vorstellung am Sonnabendabend: Der Postillon von Lonjumeau, in welcher Herr Brunow vom Leipziger Stadttheater zum letztenmal auf Engagement gastiert, wird das Ballet-Intermède Die vier Jahreszeiten nachfolgen. Die Oper Wagnon wird am 13. Dezember zum letztenmal als Sonntags-Vorstellung gegeben.

Wilhelm-Theater. Freitag ist eine Wiederholung der Fallischen erfolgreichen Operette Der fidele Bauer. Da am Mittwoch bei der Kindervorstellung der Andrang ein sehr großer war, so möchten wir darauf aufmerksam machen, daß auch für diese Vorstellungen die Billette einige Tage im voraus vorausgibt werden. Trotz des großen Erfolgs, welchen das Weihnachtsmärchen stets zu verzeichnen hat, können voraussichtlich nur noch vier Wiederholungen davon sein.

Zentral-Theater. Der Sonntag bringt wie üblich zwei große Vorstellungen und damit ein zweimaliges Auftreten des Opero Guerrero's und der übrigen Künstler zu den bekannten Zeiten.

Kleine Chronik.

Die Freiheitsliebe mit dem Tode bezahlt. Aus dem Krankenhaus in Gelsenkirchen verstarb die dort zwangsweise untergebrachte 19-jährige Josephine Glanz zu Lüdingen, indem sie Bettlischer zusammenband und sich daran heruntersetzte. Die Lächer rissen, und das Mädchen stürzte aus dem vierten Stockwerk hinunter und wurde tödlich verletzt.

Der Mord im Eisenbahnzug. Der Mitreisende des im Koblenzer Zug erschossenen Agenten Negel wurde ermittelt und festgenommen. Es ist der Stadtbautechniker Maag aus Trier. Er bekämpft, daß er mit dem Erschossenen zusammen angetreten und in der Zwischenzeit habe er im Coupé einen Schuß fallen hören. Er habe gesehen, daß sein Freund Negel im Blut schwimmend auf dem Puffer lag. Vor Schreden sei er nicht in das Coupé zurückgekehrt, sondern habe in einem Nachbarcoupé die Reise fortgesetzt. In Trier angekommen, sei er so kopilos gewesen, daß er ohne weiteres aus dem Bahnhof herausgestürzt sei. Bei der Gegenüberstellung mit der Leiche hielt er seine Behauptung aufrecht. Der Staatsanwalt verfügte seine Verhaftung. Maag war bereits längere Zeit mit dem Erschossenen eng befreundet. Von anderer Seite wird behauptet, Negel habe als homosexuell gegolten, und nach dieser Richtung seien vornehmlich Untersuchungen einzuleiten.

300 000 Mark veruntrent. In Trier wurde der Bankbeamte Guttmann von der Postzeit verhaftet, der bei einem Frankfurter Bankhaus, bei dem er angelegt war, 300 000 Mark veruntrent hatte. Guttmann war mit seiner Gattin, die in Wien als Kassenassistentin angelegt war, im Hotel Vulkan abgestiegen und machte sich durch seinen großen Aufwand verdächtig.

Ein bissiger Indifferent. In Homburg bei Würzburg machte am 26. April der Maurer Schöning keinen Kollegen Vöhr in einer Wirtschaftsvorkellungen deshalb, weil er nicht der Organisation beitrete. Darüber gerner Vöhr so in Wut, daß er aufsprang, Schöning mit beiden Armen um den Hals packte und ihm die Kehle mit dem rechten Raichhügel wegschnitt. Für diese Tat erhielt Vöhr 6 Monate Gefängnis.

Eine Liebestragödie. Ein Student der Technischen Hochschule in Karlsruhe hatte eine Liebhaft mit der Frau eines Kovenden. Der Kovende erfuhr hiervon und übertrachte nachts das Liebespaar in seiner Wohnung. Zwischen den beiden Männern entstand ein Streit. Der Student weigerte sich das Haus zu verlassen und der Kovende entfernte sich, um die Polizei zu holen. Als er zurückkehrte, fand er den Studenten entseht vor. Er hatte sich vor den Augen der Geliebten zwei Kugeln in die Schläfe gejagt.

Ein Gardenscher Zwischenfall. Maximilian Garden hielt am Mittwoch im „Vereinshaus“ in Dresden einen Vortrag über die politische Lage, bei dem er plötzlich in eine tiefe Ohnmacht fiel. Der Vortrag mußte auf eine halbe Stunde unterbrochen werden. Einige zufällig anwesende Herztug Garden in ein Nebenzimmer, in dem er sich nach zwanzig Minuten wieder so weit erholt, daß er den Vortrag fortsetzen konnte.

Fälschungen eines Großindustriellen. Der Luxemburger Kissenhof bearbeitete den in Konkurs befindlichen Großindustriellen Godschauz, früher in Luxemburg, jetzt unbekanntem Aufenthalts, in contumaciam wegen Fälschungen in Höhe von 386 175 Frank zu 15 Jahren Zuchthaus und 2000 Frank Geldstrafe.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volkst.“) Das Abgeordnetenhaus trat heute zu einer Plenarsitzung zusammen. Zur Beratung standen die Interpellation des Zentrums und Antträge der Freisinnigen und Konfessionellen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Beratung der Antträge und der Interpellation wurden miteinander verbunden. Der Handelsminister wird erst das Wort ergreifen, wenn die Redner die Antträge begründet haben. Trimborn (Str.) zitierte Calmer, der nachgewiesen habe, daß die gegenwärtige Krise nicht mit der Wirtschaftspolitik des Reiches zusammenhänge. Die Stellung der Sozialdemokraten wird Borgmann vertreten. Heute abend wird die Geschäftsbekämpfungskommission über die Haftentlassung Liebsteins beraten. Der Abg. Träger (Freisinnige Volkspartei) hat den Antrag gestellt, den Artikel 31 der Verfassung derart zu ändern, daß kein Mitglied des Hauses während seiner Tagung ohne Zustimmung des Hauses in Strafhaft gezogen werden kann und daß die Strafhaft eines Abgeordneten während der Tagung aufgehoben werden muß, wenn das Haus es verlangt.

Berlin, 10. Dezember. (Eig. Draht.) Der 40-jährige Kutscher Soliter verstarb heute früh seine Frau mit einem Beil zu erschlagen. Als er durch herbeieilende Nachbarn geföhrt wurde, brachte er sich selbst drei Schläge an den Kopf bei. Soliter wurde schwerverletzt als Polizeigeisangener nach der Charité gebracht.

Berlin, 10. Dezember. (Eig. Draht.) Ein umfangreicher Diebstahlwindel bei der Hamburg-Amerika-Linie ist jetzt entdeckt worden, und hat zur Verhaftung eines Angestellten der Berliner Filiale, des 22-jährigen Paul Zuehlendorff geführt. Es ist bereits festgestellt, daß Zuehlendorff etwa 20 000 Schiffskarten mit Stempel und Unterschriften versehen und sie durch einen Freund in Newyork vertrieben hatte.

Berlin, 10. Dezember. Entgegen der Meldung eines hiesigen Morgenblattes, daß der Untersuchungsgefangene Willi Rubin, der im Moabitler Untersuchungsgefängnis einen Muffler überfallen hat, seinen Schußverletzungen erlegen sei, ist zu berichten, daß Rubin noch lebt, aber nicht vernehmungsfähig ist.

Chemnitz, 10. Dezember. In Löbau erschloß der Mechaniker Möller sein neun Monate altes uneheliches Söhnchen, verletzte dessen Mutter und verletzete auch der Großmutter einen Stich in den Rücken. Dann sprang er durchs Fenster und entkam. Bis jetzt konnte er nicht verhaftet werden.

Oldenburg, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Die bürgerliche Presse hat irtümlich mitgeteilt, daß die Wahlrechtskommission Wahlrechtsveränderungsanträge des Zentrums mit neun gegen acht Stimmen angenommen habe. Das ist unrichtig. Die Antträge sind erst heute eingebracht und gehen dahin, daß Besitzer oder Pächter von Grundstücken, die 3 Jahre in Oldenburg wohnen, zwei Stimmen haben sollen, welche die zehn Jahre ansäßig sind, drei Stimmen. Von agrarischer Seite liegt ein weiterer Antrag vor, den Wählern zwei Stimmen zu geben, die mindestens 3 Jahre in Oldenburg wohnen und ein Grundstück besitzen oder von 1300 Mark Einkommensteuer zahlen. Die Antträge blieben aber in der Minderheit, auch die Regierung erklärte sich dagegen.

Trier, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem Morde des Versicherungsbeamten Negel wird noch berichtet, daß in der Wohnung des Technikers Maag die Fahrkarte des Ermordeten, versehen mit einem blutigen Fingerabdruck, vorgefunden ist. Ebenfalls das Portemonnaie des Ermordeten und die Reste von dessen Ausweispapieren, die im Ofen verbrannt waren. Einige noch vorgefundene Patronen passen zu dem Revolver, der sich im Besitze Maags vorfand. Festgestellt ist, daß der tödliche Schuß abgegeben wurde, als das Opfer sich im Schlafe befand. (Siehe kleine Chronik.)

Newyork, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Schwarze Hand“ hat wieder ein schweres Verbrechen begangen. Bei ein Sprengversuch gelang, warf die Hande eine Bombe in eine Mietkaserne. 20 Personen wurden verletzt, darunter fünf schwer.

Säckingen, 10. Dezember. Aus Altkönigsward wird gemeldet, daß der dortige Hauptlehrer Alfred Danneffel unter dem Verdacht, sein 12-jähriges Töchterchen aus erster Ehe ermordet zu haben, um das Kind zu beerben, verhaftet wurde. Gleichfalls soll Danneffel Urkundenfälschungen begangen haben.

Wettervorhersage.

Freitag den 11. Dezember: Frischer Westwind, wolkig, mild, Regenschauer.

Mein Einzelverkauf in Spielwaren

hat begonnen und empfehle ich viele Neuheiten in

Luftschiffen, Festungen, Kaufläden, Kegelbahnen, Schaukelpferden, Puppenstaben, Küchen, Kochherden, Eisenbahnen, Dampfmaschinen etc.

Gratis beim Einkauf von 5 Mark ein Christbaum-Leuchtstern.

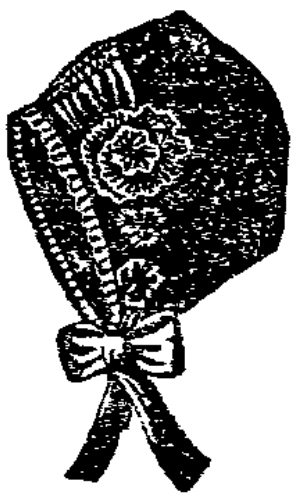
Eduard Röder, Inh.: Gustav Notbohm, Gr. Münzstr. Nr. 5



Lange & Münzer

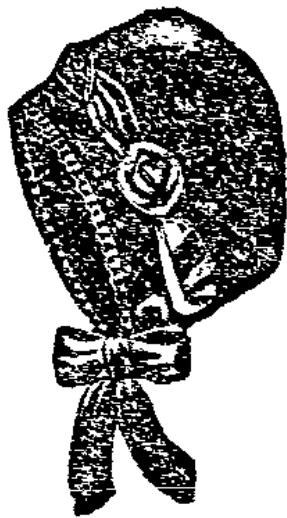
Breiteweg 51a

Preiswerte Kinder-Hauben!



Baby-Häubchen gestrickt, in weiß und weiß m. farbig, mit Häsch. u. Bändch. garn. 85 75 60 u. **42 Pf.**
Knaben-Mützen gestrickt 75 60 45 38 **25 Pf.**
Polen-Mützen Espplisch, weiß u. rot, mit und ohne Ohrenklappen. 1.75 1.50 1.25 1.00 u. **85 Pf.**

Häubchen Tuch, rot und marine, mit aufgenäht. Börtchen, Schleife und Rüsche garniert **65 Pf.**
Häubchen Tuch, rot und marine, mit besser Schleife, vorn mit Büchsele garniert **95 Pf.**
Häubchen Espplisch, weiß und rot, mit Rüsche, Schleife und Blumen garniert **1.25**



Häubchen Wirbeleispflisch, rot, weiß und braun, mit Seidenrüsche, Seidenbandschleife und Blumen garniert **1.45**
Häubchen Wirbeleispflisch weiß und rot, m. Seidenrüsche, reich. Seidenbandgaratur und Blumen garniert **1.65**
Häubchen Wirbeleispflisch, weiß und rot, mit Seidenrüsche, reich mit gezogener Seide, Schleifen u. Blumen garn. **1.85**

Häubchen Wirbeleispflisch, mit Rüsche und großer Schleife garniert, weiß und rot

Größe I	Größe II	Größe III
jetzt 1.15	jetzt 1.35	jetzt 1.50



10 Proz. Rabatt

gebe trotz der billigen Preise auf 2185

Regenschirme
 Schirmfabrik Schirmklinik
 Goldschmiedebrücke 3/4



Total-Ausverkauf

meines großen Warenlagers in

Uhren und Goldwaren

fabrikant billige Preise.
 2500 Auf Uhren 2 Jahre Garantie.

W. Floricke Halberstädter Strasse 114/15 Sudenburg.

1 Waggon Fahrräder

2558 sieben eingetroffen
 Herren-, Damen- und Kinderräder jetzt besonders billig, unabweisbar bis größte Auswahl am Plage
Nähmaschinen von 50 Mk. an bis zu den besten, in 5jähriger Garantie
Wringmaschinen 33 an, jetzt nur 10 Mk. Prima 38 an, jetzt nur 11 Mk. Prima auch einzelne Gummirollen billig
Echtheitsmaschinen u. 15 b. 100 Mk. Platten dazu in Neuanstellung
 sämtliche Waren auch auf besondere Abzahlungen

Albert Brennecke

Magdeburg-Sudenburg, Galtstraße 24
 Fernsprecher 434

Seht beginnt mein großer Weihnachtsverkauf

Strümpfen und Knaben-Anzügen

zu ganz besonders billigen Preisen.
 Nur eigenes Fabrikat aus reinen Rohmaterial.
 Durch Erprobung der neuen Sockenweise und hohen Betriebsleistung bin ich in der Lage, jeder Konturform die Socke zu liefern.
 Außerdem erhält jeder Käufer ein Weihnachts-Präsent.
 Anfertigung von
 Golljaden, Sweatern, Unterröden, Knie-wärmern, Gamaschen, Fußwärmern usw.
 Jede Art u. Ausführung nach gem. Schmecke und Wunsch.
 Weihnachtsbestellungen erbitte frühzeitig.
 Große Auswahl in Strickgarnen zu billigen Preisen.

Otto Müller

Leinwand Lüneburger Straße 19.

Zum Weihnachtsfest

empfehlen wir unsere nobel ausgestatteten

Lotto-, Wettrenn-, Gänse-, Katze und Maus-, Im lenkbaren Luftschiff um die Erde- usw. Spiele im Preise von 60 Pfg. bis 3.00 Mk.

Kamentlich möchten wir unsere geehrten Leser auf ein ganz besonders interessantes Spielzeug aufmerksam machen, welches sich

Der junge Modelleur

beruht. Die Anfangsgründe des Modellierens werden hier in interessanter, unterhaltender Weise beigebracht, und zwar in ganz einfachen, der Kinderart entsprechenden Formen. In dem eleganten Karton befindet sich als Material Plastilinmasse, sowie 12 hübsche, leicht ausführbare Vorlagen, Modellierhölzer, eine praktische Anleitung zum Modellieren und noch andere Zubehör.
 Preis 3.00 und 1.00 Mark.

Buchhandlung Volksstimme

Große Münzstraße 3.

Zu Weihnachtsgeschenken passend

empfehle zu billigsten Preisen in großer Auswahl:
 Wollene Kleider- und Kostümköpfe, Kleiderstoffe in Barchent mit und ohne Bordüren, Sinfenstoffe in Wolle und Baumwolle, fertige Tücher, Noire- und Barchentstoffe, Schürzenstoffe und fertige Schürzen in allen Größen und Formen, Beinkleider und Hemden für Herren, Damen und Kinder, Strickwolle, fertige Strümpfe und Handschuhe, wollene Tücher, weiße und farbige Zeitungsblätter, Tischtücher, Handtücher, Zulette, Bettbezüge, leichte Ventilatoren und Barchentventilatoren.

Emma Scheplitz, Schönebeck

Regenschirme!
 Keine hohen Preise für Regen- 30 Proz. billiger Sicht und Gehalt, daher kann ich alle Jahre die Warenhäuser usw. nur gute selbstgeherigte, erprobte Ware. Ein Schirm ist das schönste Weihnachtsgeschenk. Reparaturen bis 50 Prozent billiger.
Schirmklinik Goldschmiedebrücke 3-4.
 Carl P. Brand, Schirmmacher. 2185

Hutfabrik-Niederlage Max Matthes

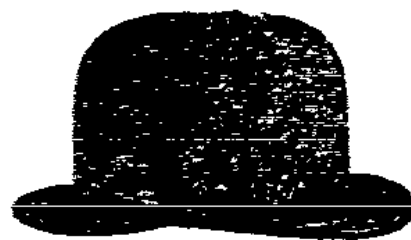
Hüte und Mützen
 Wilhelmsstraße 9
 am Bahnhof

Elegante Neuheiten 2641

Einzelne Bezüge ab 1/2000 an, der hochwertigste Feinfilz, mit über 500.000 Doppel-Fein-Jahresproduktion.
 Große Sortimentsauswahl.

Torojo-Hüte

gegen Kälte und gegen Kopfweh



Krawatten Kragen Manschetten
 Oberhemden
 Normal-Unterzeuge Strümpfe
 Hosenträger
 Handschuhe Schirme Stöcke

Schaftstiefel, Holzpantinen

billig! eigenes Fabrikat billig! 2623

H. Lehmann, Gutsau, Thierstraße 14.

Extrapreise für

Damen- u. Kinder-Hüte

Damen- u. Kinder-Kapotten
Trauerhüte in grosser Auswahl
 Puppen-Hüte.

Selma Typky

Schmidtstrasse 47. 2452

Sonntag bis 7 Uhr abends geöffnet.



A. Typky

Magdeburg-Neustadt, Schmidtstraße 40a.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren

in größter Auswahl, reell und preiswert, zu den billigsten Bedingungen. — Auch auf Zeitzahlung.
Grosses Lager fertiger Särge in allen Größen. 2453

Schleider-Ausschnitt

alle Schuhmacher-Bedarfsartikel
 2467 empfiehlt billigst
L. Köhler, Sudenburg
 Halberstädter Straße 56

Schnellbesohl-Werkstatt

für Maß u. Reparatur
 Herrenstiefel 2.80 Mk., Damenstiefel 1.80 Mk., Gummi- u. Turnschuhe werden sauber und billig repariert.
M. Sudenburg,
 Lemsdorfer Weg Nr. 15 — 2516

Weihnachtsbäume

ein, im einz. wie in groß. Posten bill.
Franz Kirsten, Ecke Kruppstr.

Romane

zu verleihen
Ernsberg 23.

Damen

mit eleganter langer Kette 12 Mark
Ritterstraße 1b, 1 Tr. rechts.